Sonntag, 5. Februar 1933
Nr. 31 / 3. Jahrgang
BRESLAU

Preis 10 Pfg.
Reichsausgabe

SAZ Sozialistische Arbeiter Zeitung

TAGESZEITUNG DER SOZIALISTISCHEN ARBEITERPARTEI

Aus dem Inhalt:

Frauenbeilage
Metallindustrielle für Lohnabbau
Einheitsfront marschiert
Sexualmoral in UdSSR
Diskussionsbeilage
Novelle von Hašek: **Wieder daheim**
Japan marschiert in Jehol ein

Die braune Mordbestie rast

Arbeiter ohne Parteiunterschied steht zusammen in geschlossener Abwehr!

War die Regierungsübernahme durch Hitler verhältnismäßig ruhig verlaufen, so steigert sich seitdem von Tag zu Tag der SA-Terror in ganz Deutschland zu einer wahren Bluthetze. Aus allen Teilen des Reiches werden die brutalsten Gewaltakte von SA-Horden gemeldet. Es ist bei der SA und nach — dem Wortlaut der verschiedenen Polizeiberichte — auch für die Polizei selbstverständlich geworden, daß die SA bewaffnet ist und planmäßig die Geschäftsstellen der Arbeiterorganisationen wie auch jede Ansammlung von Arbeitern mit Knüppeln und Feuerwaffen überfällt. Die Polizei hat offensichtlich die Anweisung, selbst gegen die offenen Mordtaten der Nazis nicht mit der Waffe vorzugehen, sie darf sogar, selbst wenn sie von der SA beschossen wird, nicht von der Waffe Gebrauch machen.

Feme-Heines befiehlt den Arbeitermord

Daß das Rasen der SA-Banditen, von oberster Stelle organisiert, ja befohlen wird, dafür liefert der im gestrigen schlesischen Naziorgan vom SA-Gruppenführer Heines veröffentlichte Befehl an die „SA-Männer Schlesiens" den Beweis. Es heißt darin u. a.:

Im einzelnen gebe ich noch folgende Richtlinien:

1. **Die Straße gehört uns; das Marxisten- und marxistenfreundliche Gesindel hat nichts mehr auf der Straße zu suchen. Kommunistische Demonstrationen sind von der Reichsregierung verboten.**
2. **Beleidigungen unseres Führers, des deutschen Volkes Kanzler, und seiner Regierung, sowie des Reichspräsidenten Generalfeldmarschall von Hindenburg, sind unter keinen Umständen zu dulden.**
3. **Der aktive Kampf gegen die gegnerische Propaganda wird örtlich verschieden zu führen sein. Es handelt sich hierbei nicht nur um Fahnen, Abzeichen, Plakate, Flugblätter, Zeitungen, sondern auch um Versammlungen.**
4. **Der Gegner darf in den vier Wochen überhaupt nicht mehr zur Besinnung kommen.**

In derselben Nummer des Naziorgans ist ein Aufruf: „an die schlesische Jugend" zur Einreihung in die SA, um sie in kürzester Zeit auf Mobilmachungsstärke zu bringen (!!).

Die Wendung „die Straße gehört uns, das marxistenfreundliche Gesindel hat nichts mehr auf der Straße zu suchen", verbunden mit der Aufforderung, daß „der aktive Kampf gegen die gegnerische Propaganda nicht nur mit Fahnen" usw. zu führen sei, ist eine glatte Aufforderung zur Niederschlagung und Ermordung von Arbeitern, die sich auf der Straße zeigen.

Wie sich diese organisierte Mordhetze jetzt in der Praxis auswirkt, das zeigen unzählige Meldungen aus den verschiedenen Städten des Reiches, wovon wir im Nachstehenden aus Raummangel nur einen Teil bringen können:

In Berlin-Moabit wurde in der Nacht vom 3. zum 4. Februar eine Anzahl Kommunisten von Nationalsozialisten überfallen. Dabei wurde ein Kommunist durch einen Schuß so schwer verletzt, daß er bald darauf im Krankenhaus starb. — In Berlin-Neukölln wurde ein Kommunist, weil er ein Antifa-Abzeichen trug, von Nazis niedergeschossen; er verstarb kurze Zeit darauf im Krankenhaus. Ein angeblicher Parteiloser wurde von den Nazis durch einen Schuß in den Oberschenkel schwer verletzt. Die Polizei nahm einen Nationalsozialisten und neun Kommunisten fest (!!).

Ueber einen blutigen Zusammenstoß in Altona berichtet folgender typisch-tendenziöser Polizeibericht:

Etwa 30 Nationalsozialisten wurden zuerst am Rathausmarkt von politischen Gegnern ohne triftigen Grund (!) bedroht und abgedrängt; die Nationalsozialisten wehrten sich durch Abgabe einiger Schüsse. Sie zogen in Richtung Königstraße weiter, wo sie auf die nachströmende Menge und auf zwei sich vor der Menge befindliche Polizeibeamten nochmals schossen.

Duisburg-Hamborn, 4. Februar.

WTB. Der Schlosser Wettmann wurde gestern abend von Passanten schwerverletzt aufgefunden und zur Polizeiwache gebracht, wo er kurz danach starb. Angeblich (!) soll Wettmann, der die Uniform der Antifa trug, von politischen Gegnern niedergeschlagen worden sein. Die polizeilichen Ermittelungen sind eingeleitet.

Verbot der Arbeiterpresse

Auch der „Vorwärts" verboten

Der Berliner Polizeipräsident hat auf Grund des § 6 der Verordnung des Reichspräsidenten zur Erhaltung des inneren Friedens vom 19. Dezember 1932 in Verbindung mit den Hochverratsparagraphen 81–86 des StGB den „Vorwärts" einschließlich sämtlicher Kopfblätter mit sofortiger Wirkung bis zum 6. Februar verboten. Die Begründung des Verbotes ist so ungeheuerlich, daß damit jede, aber auch jede Aeußerung eines der Regierung mißliebigen Blattes zum Anlaß für Verbote genommen werden kann. Das Verbot wird nämlich damit begründet, daß der „Vorwärts" in seinem SPD-Wahlaufruf unter anderem folgende Sätze gebracht hat:

„Deutsches Volk, Frauen und Männer! Gegen solche Pläne rufen wir Euch zum Kampf, wehrt Euch! Schützt Euer Selbstbestimmungsrecht als Staatsbürger! Erhebt Euch gegen Eure Bedränger, gegen die feinen Leute, die hauchdünne Oberschicht des Großgrundbesitzes und des Großkapitals! Zerbrecht ihre politische und wirtschaftliche Macht! Kämpft darum mit uns für die Enteignung des Großgrundbesitzes und die Aufteilung des Landes an Bauern und Landarbeiter! Kämpft mit uns für die Enteignung der Schwerindustrie, für den Aufbau einer sozialistischen Plan- und Bedarfswirtschaft!"

Wenn das schon zum Verbot einer Zeitung ausreicht, dann ist verständlich, daß jetzt auch noch die letzten bisher erschienenen KPD-Blätter verboten werden. So sind im Anschluß an die von uns in der „SAZ" gestern gemeldeten Verbote noch die kommunistische Tageszeitung in Köln, die „Sozialistische Republik" mit ihren Kopfblättern „Aachener Arbeiterzeitung", „Volksstimme" in Trier, und „Koblenzer Zeitung" auf 14 Tage verboten worden.

Aus dem gleichen Grunde wurden folgende SPD-Zeitungen auf 3 bzw. 14 Tage verboten: „Rheinische Zeitung", Köln, „Das Volk", Jena, „Ostthüringer Tribüne". Die „Rote Fahne" ist aufs neue beschlagnahmt worden.

Ebenfalls auf 14 Tage verboten wurde das KPD-Organ in Frankfurt a. M., die „Arbeiter-Zeitung".

Der Haussuchungs-Terror gegen die KPD

wird verstärkt fortgesetzt. In Braunschweig wurden bei 63 in der Stadt wohnhaften Angehörigen der KPD oder der ihr angeschlossenen Hilfs- oder Nebenorganisationen durch ein Kommando von insgesamt 190 Kriminal- und Schutzpolizeibeamten Haussuchungen abgehalten. — Auch in Frankfurt a. M. wurde hausgesucht.

Will angesichts dieser Vorgänge, angesichts der Tatsache, daß jetzt auch schon die sozialdemokratische Presse unter die Guillotine kommt, die SPD und der ADGB noch länger „abwarten" und erst mal „die Regierung nach ihren Taten beurteilen?"

Terrorwahlen

Die Hitler-Regierung will jetzt in ganz Deutschland Parlamentswahlen durchführen. Die Nationalsozialisten spekulieren offensichtlich so: Jetzt, da die Bevölkerung die Nazi-Regierungstätigkeit bzw. ihre Unfähigkeit noch nicht kennt und andererseits der riesige Nazibegeisterungsrummel noch anhält, werden die Nazis in Verbindung mit dem notwendigen Terror am ehesten die Möglichkeit haben, in allen bzw. in der Mehrzahl der Parlamente die Majorität zu bekommen. Wenn die Hitlerei erst einmal einige Monate regiert, dann — so spekulieren sie mit Recht — wird sich die ganze Wählerschaft gegen sie stemmen.

Ausgehend von diesen Erwägungen wurde der Reichstag aufgelöst. Und jetzt ist man dabei, durch einige „Verfassungskorrekturen" den Preußischen Landtag aufzulösen. Nach den preußischen Verfassungsbestimmungen kann der Landtag nur durch Beschluß des Landtages selbst oder durch das sogenannte „Dreimänner-Kollegium (Preußischer Ministerpräsident, Landtagspräsident und Präsident des Preußischen Staatsrates) aufgelöst werden. Da im Landtag die Harzburger keine Mehrheit haben, ist dort kein Auflösungsbeschluß zu erwarten. Es wird nun die Frage erwogen, ob der „legale" preußische Ministerpräsident Braun oder wirkliche Machthaber, der Preußenkommissar v. Papen, als Vertreter der Preußenregierung im Dreimännerkollegium zu fungieren hat. Im ersten Falle würde Braun mit dem Staatsratspräsidenten die Mehrheit gegen den nationalsozialistischen Landtagspräsidenten Kerrl haben, im zweiten Falle würde Papen mit Kerrl zusammen die Mehrheit besitzen und damit den Landtag auflösen können. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß das Letztere, eben mit der notwendigen „Verfassungskorrektur", durchgeführt wird.

Wie die Presse meldet, wurde in Regierungskreisen auch ein Antrag der Nationalsozialisten auf Auflösung sämtlicher Kommunal-Parlamente behandelt. Man ist sich auch hier noch nicht ganz klar über den „verfassungsmäßigen" Weg. Trotzdem wird jetzt schon ziemlich bestimmt als Kommunalwahltermin der 12. März genannt.

Nazimord in Annaberg

Am Mittwoch abend wurde der Reichsbannermann Illig, als er von der Singstunde nach Hause gehen wollte, am Volkshaus von Nationalsozialisten, die es wahrscheinlich auf die Zeitungstafel abgesehen hatten, niedergeschossen. Im Krankenhaus, in das er mit einem Bauchschuß eingeliefert wurde, ist er inzwischen seiner schweren Verletzung erlegen. — Zum Protest fand am Freitag abend eine

gemeinsame Demonstration von SPD und KPD statt.

Der Demonstrationszug zählte bei seinem Abmarsch mindestens 1500 Teilnehmer, Hunderte von Menschen säumten die Straßen. Ueber eine gemeinsame Demonstration am Dienstag, bei der Chemnitzer Schupo Straßen abriegelte, um Zusammenstöße mit andrängenden Nationalsozialisten zu verhindern, wird in der „Erzgeb. Volksstimme" berichtet, aber verschwiegen, daß der Demonstrationszug mindestens zur Hälfte aus Kommunisten bestand. Dient man damit der gemeinsamen Sache der Arbeiterschaft? — Immer müssen es erst Tote sein, die die Arbeiter zusammenführen!

Und anderswo

Hamburg, 3. Februar.

Die Polizeipressestelle teilt mit: In der Nacht zum Freitag kam es zwischen Nationalsozialisten, die von einer Versammlung in Altona-Langenfelde heimkehrten, und Kommunisten in der Methfesselstraße und in der Osterstraße in Hamburg zu einem Zusammenstoß, bei dem Revolverschüsse gewechselt wurden. Drei Personen erlitten Schußverletzungen. Ein 17jähriger Passant wurde durch Messerstiche im Rücken erheblich verletzt.

In Neumünster (Schlesw.-Holst.) veranstalteten die Kommunisten am Donnerstag abend eine Demonstration, die von der Polizei mit Einsatz aller Machtmittel auseinandergeschlagen wurde.

Auch in Senftenberg (N.-L.) wurde eine kommunistische Demonstration mit brutalster Polizeigewalt aufgelöst.

In Glogau verübte am Donnerstag abend eine Nazihorde auf das Verkehrslokal des Reichsbanners einen Ueberfall; ein älterer Reichsbannermann wurde schwer verletzt. Nachts gegen ¾12 Uhr erschien erneut eine SA-Bande in Stärke von 15 Mann und trommelte mit Fäusten gegen die Fensterscheiben. Als darauf mehrere Reichsbannerkameraden aus dem Lokal traten, wurden sie von den SA-Leuten mit Schulterriemen, Gummiknüppeln und anderen Schlagwerkzeugen niedergeschlagen. Zum Schluß wurde von der inzwischen auf 50 Mann angewachsenen Nazihorde in das Reichsbannerlokal geschossen, glücklicherweise ohne jemand zu treffen.

*

Es ist mit Sicherheit damit zu rechnen, daß der Nazi-Mordterror sich immer weiter steigern. Planmäßig will damit der Faschismus erreichen, daß sich kein Arbeiter mehr auf der Straße blicken läßt und sich nicht mehr zu mucksen wagt. In diesem Sinne soll auch der Wahlkampf geführt werden. Es ist klar, daß die Arbeiterklasse sich dagegen in geschlossener einheitlicher Kampfesfront zur Wehr setzen muß.

Hitlers Vierjahresplan

Ein Dokument der Untätigkeit

Seit Jahr und Tag schreien die Nationalsozialisten: „Wenn wir an die Macht kommen, dann wird sich alles mit einem Schlage ändern!“ Jedem, vor allem den Millionen von erwerbslosen Angestellten und Arbeitern, den unter bitterster Not leidenden Kleinbauern haben sie sofortige Hilfe versprochen.

Jetzt ist Hitler an der Macht. Wenn er bisher mit hohen Ansprüchen ein nähere Eingehen auf seine geheimnisvollen „Rettungs“-Pläne verschwieg, so hatte er doch jetzt die Möglichkeit, zu die Pflicht, damit herauszurücken. Doch es kam als „Regierungsprogramm“ eine hohle Nuß, ein phrasenreiches Versprechen auf vier Jahre. Das einzige „positive“ seines Programms, das sofort durchgeführt wird, ist blutiger Terror gegen die „ganze“ Arbeiterklasse.

Wir sind davon ganz gewiß nicht überrascht. Wir wußten und haben es immer und immer wieder betont, daß das ganze Nazi-„Programm“ (es gibt unzählige), die ganzen auf Massentäuschung berechneten Versprechungen eitel Betrug und Schwindel sind daß im Endstadium nichts anderes herauskommen wird, als blutige Unterdrückung aller arbeitenden Schichten, vom Industriearbeiter bis zum Kleinbauern und Mittelständler.

Doch um auch jetzt dem Nazirummel agitatorisch wirkungsvoll entgegentreten zu können, ist es notwendig, auf die wenigen im Regierungsaufruf genannten Einzelheiten der sogenannten „zwei Vierjahrespläne“ einzugehen. Da ist zunächst nur gesagt, daß „binnen vier Jahren . . . der deutsche Bauer der Verelendung entrissen . . . die Arbeitslosigkeit endgültig überwunden und . . . die finanzielle und steuerliche Sanierung des Reiches, der Länder und Gemeinden durchgeführt sein wird“. Da über das Wie kein Wort gesagt wird, haben diese Versprechungen ebensowenig Wert, wie die ähnlichen Art der Brüning – Papen – Schleicher-Regierung, werden sie auch genau so wenig in Erfüllung gehen wie die ähnlichen, vor Jahren gemachten Versprechungen des USA-Präsidenten Hoover und anderer kapitalistischen Regierungen in England, Frankreich, Polen usw. Es lohnt sich daher gar nicht, weiter auf dieses Gerede einzugehen.

An konkreten Maßnahmen der beiden Vierjahrespläne werden nur zwei genannt. Die sind allerdings wert, von der Arbeiterschaft und den Kleinbauern sehr kritisch betrachtet zu werden. Es heißt da: „Zu den Grundpfeilern dieses Programms gehört . . . die Arbeitsdienstpflicht und die Siedlungspolitik.“

Die Arbeitsdienstpflicht soll also die Arbeitslosigkeit beseitigen. Das ist — ganz davon abgesehen, daß die Arbeitsdienstpflicht Sklaverei schlimmster Art, Arbeit ohne Lohn und Arbeiterrechte im Interesse des Privatkapitals ist — gar nicht möglich. Die Arbeitsdienstpflicht ist schließlich bei Aufwendung der nötigen Gewalt- und Terrormittel imstande, Hunderttausende und Millionen von Proletariern zur Arbeitsleistung zu pressen. Aber durch diese Zwangsarbeit wird den übrigen „freien“ Arbeitern und Angestellten der letzte Rest von Arbeitsmöglichkeit genommen. Man wird — zur Freude des Kapitals — die Arbeitspflichtigen in die Bergwerke, Fabriken, auf die großen landwirtschaftlichen Güter usw. schicken.

Kein einziger Arbeiter wird dadurch mehr beschäftigt. Selbst wenn sich, was bei der Hugenberg-Zoll- und Kontingentspolitik sicher ist, die wirtschaftlichen Verhältnisse und Arbeitsmöglichkeiten nicht verschlechtern sollten, so wird die Zahl der Arbeitslosen die gleiche wie bisher bleiben. Der Unterschied wird nur der sein, daß die heute noch unter Tariflöhnen Beschäftigten arbeitslos gemacht und an ihre Stelle unbezahlte Zwangsarbeitssklaven gestellt werden.

So erweist sich, selbst wenn man einmal auf eine der Tiraden näher eingeht, auch dieser eine „Grundpfeiler“ des „Vierjahresprogramms“ als ein fauler Schwindel.

Von einer „endgültigen“ Ueberwindung der Arbeitslosigkeit kann dabei weder in absehbarer Zeit noch in vier Jahren die Rede sein. Uebrig bleiben werden noch größere Massen von Arbeitslosen und Berge von Arbeiterleichen.

Siedlungspolitik! Millionen von Bauern, Kleinbauernsöhne und arbeitslose Landarbeiter schreien nach Land, ihnen soll durch Siedlung geholfen werden. Zum Siedeln gehört aber Land, viel Land.

Woher soll das Land aber genommen werden?

Das Land könnte nur gewonnen werden, wenn es den Großagrariern, die eine bankrotte Luderwirtschaft auf den Riesengütern treiben, weggenommen würde. Aber da sind nun gerade in der Hitlerregierung, wie in keiner Regierung zuvor, alle die Kräfte vereinigt die die Aufteilung und Wegnahme der großen Güter verhindern wollen. Jetzt sitzen doch die Landbundführer, die Willikens und von Sybel, und die Vertreter der Januschauer in der Regierung, dieselben Leute, die sich am Osthilfeskandal bereicherten. Es sind dieselben Barone und Junker, die gerade mit den Osthilfegeldern des Reichs die bankrotten Güter halten und der Aufteilung zu Siedlungszwecken entziehen. Es sind dieselben Kräfte, die Brüning und auch Schleicher gestürzt haben, weil sie auch nur Miene zur Durchführung der allerbescheidensten Siedlung gemacht haben.

Es ist daher klar, daß unter dieser Hitler–Hugenberg-Regierung noch weniger gesiedelt wird, als unter irgendeiner Regierung vorher.

So wie diese Regierung der schlimmste Arbeiterfeind ist, so wird und muß sie auch der schlimmste Kleinbauernfeind sein. So bedeuten die beiden „Grundpfeiler“ der beiden Vierjahrespläne gerade den schlimmsten Betrug an den Arbeitslosen und Kleinbauern, denen damit angeblich geholfen werden soll. Deshalb:

eine Kampffront von Arbeitern und Bauern gegen die Hitlerdiktatur!

Einheitsfront marschiert

Kösliner Arbeiter demonstrieren gegen Hitler

Der Kösliner Aktionsausschuß der proletarischen Einheitsfront hatte zu Dienstag zu einer Protestkundgebung mit anschließender Demonstration gegen die Hitlerregierung aufgerufen. Die SPD hat sich trotz Aufforderung nicht daran beteiligt, weil sie der Auffassung war, sie müsse, ehe etwas unternommen werde, die Parole der Parteileitung abwarten.

Auf dem Kösliner Marktplatz waren immerhin doch etwa 800 Personen erschienen, die dadurch ihrem Kampfwillen Ausdruck gaben. Der kommunistische Genosse Latzke beleuchtete die sich aus der gegenwärtigen Situation ergebende politische Lage und kam zu dem Schluß, daß nur die engste Geschlossenheit aller Arbeiter die kommenden Kämpfe siegreich bestehen werde. Während der Ausführungen des Redners suchten die plötzlich mutig gewordenen Nazianhänger zu provozieren, um der Polizei einen billigen Vorwand zur Auflösung zu geben. Das scheiterte an der Disziplin der Arbeiter.

An der anschließenden Demonstration beteiligten sich über 500 Arbeiter.

Abends fand im Volkshause eine Funktionärsitzung aller Kösliner Arbeiterorganisationen statt, die zu der Lage Stellung nahm. **Als Erfolg unserer Arbeit um die Einheitsfront können wir als SAP buchen, daß folgende von dem SPD-Genossen und Vorsitzenden des Ortsausschusses eingebrachte Entschließung gegen wenige Stimmen angenommen wurde:**

„Die am 31. 1. 1933 tagende Funktionärversammlung der Gewerkschaften und der Funktionäre der Arbeiterparteien Köslins nahm zur Machtergreifung der Hitler-Hugenberg-Papen Stellung und verlangt von den Zentralen der SPD, SAP, KPD und der freien Gewerkschaftsorganisationen für die erforderlichen Maßnahmen des Abwehrkampfes gegen die Hitlerregierung das einheitliche Vorgehen der genannten Zentralen. Um die gesamte Kampfkraft der Arbeiterschaft auszulösen, muß die Arbeiterschaft von den Zentralen durch gemeinsame Losungen aufgerufen werden. Wir verlangen deshalb den Zusammentritt der Vorstände, um dem Bruderzwist ein Paroli zu bieten und damit die Gewähr für die Niederringung des Faschismus zu schaffen.“

Eine zweite von den kommunistischen Genossen eingereichte Entschließung, die die **größte Aktivität der Arbeiterschaft fordert,** fand ebenfalls die Zustimmung der Mehrheit der Anwesenden.

Die SAP Oldenburg fordert zur einheitlichen Aktion auf

Sofort nach Bekanntgabe der Regierungsübernahme wandte sich die SAP-Ortsgruppe an die Organisationen am Ort, um über die zunächst brennenden Fragen eine Uebereinkunft zu ermöglichen. Wie weit dieser Aufruf von Erfolg sein wird, werden die kommenden Tage entscheiden. Unsre Genossen müssen in den Massenorganisationen in diesem Sinne wirken. Schon am ersten Tage konnten unsre Funktionäre im Freidenkerverband einen einstimmigen Beschluß in der Funktionärsitzung herbeiführen, der besagt, daß die Freidenker für die Bildung der einheitlichen Abwehrfront aktiv mitwirken werden, jeden Schritt unterstützen.

Außerdem beteiligen sich unsere Genossen in geschlossener Abteilung am Demonstrationszug der KPD, die einen guten Eindruck hinterließ. Aber auch diese Demonstrationen können nicht die gesamte Klasse in Bewegung bringen, solange man nicht vorher mit den Organisationen selbst verhandelt. Obwohl die Situation dafür günstig ist, weil die SPD-Arbeiter bei der Regierungsübernahme Hitlers einsehen, daß sie in falscher Front standen und die SPD-Führung sich die größte Mühe geben muß, durch radikale Reden die Massen zu halten, tut die KPD nichts in dieser Hinsicht. Eine neue Bestätigung ihres verderblichen Ultralinkstums. Aber für die SAP ergeben sich daraus gewaltige Perspektiven für ihren Kampf. Und daß sie ihre Pflicht tut, beweist die Tatsache, daß unsere Ortsgruppe ohne erst auf den Befehl von oben zu warten, das Richtige tat.

In Hessen SAP voran

Die politische Situation zeigt auch in Hessen in den großen Industrieorten die SAP an der Spitze der Einheitsfrontbewegung. Das kleine, oft verlachte „Splittergrüppchen“ ist der politischen Lage besser gewachsen als die großen Parteien. Der Kampf um die Klarheit, den wir mühselig entgegen dem Strom der großen Parteien, auch in unseren eigenen Reihen durchkämpfen, beginnt die Früchte zu tragen.

In Frankfurt a. M.

beteiligte sich die SAP an dem Demonstrationszug der KPD. Als unser Zug, das Trommlerchor des SJV voran, mit wehenden Fahnen und Transparenten auf dem Börsenplatz einmarschierte — die vorhermarschierenden Kolonnen hatten auf dem Platz schon Aufstellung genommen —, wurden wir mit großem Jubel begrüßt. Hoch SAP! Rot Front der SAP! ertönten die Rufe. Im ganzen beteiligten sich an der Demonstration etwa 3000. Die „Volksstimme“, die einen objektiven Bericht brachte, schrieb von 5000 Mitmarschierenden.

Auch in Mainz

beteiligten sich unsere Genossen an dem Demonstrationszug der KPD, dem sich 400 Mann von der „Eisernen Front“ in geschlossenem Zug angliederten. Auch hier wurde die SAP mit großem Beifall empfangen. Als am Abend die Nazis mit etwa 500 bis 600 Mann in einem Fackelzug aufmarschierten, gingen ihre Lieder und ihre Musik vollkommen unter im Gesang der Internationale, die von der an die 4000 Menschen zählenden Gegendemonstration gesungen wurde.

Am glänzendsten formierte sich die Einheitsfront in Offenbach.

Nachdem schon am Dienstag eine Demonstration der KPD, an der sich die SAP beteiligte, zu einem Aufmarsch von 2600 Arbeitern und Arbeiterinnen (laut „Frankfurter Zeitung“) sich gestaltete, marschierten am Mittwoch 8000 bis 10000 Arbeiter durch Offenbach. Die Kundgebung war von der Eisernen Front einberufen, KPD und SAP beteiligten sich geschlossen. Ein Aufmarsch, wie ihn Offenbach schon lange nicht mehr gesehen hatte! Unser Genosse Galm spricht als Erster auf dem Marktplatz. Die Genossen von der Eisernen Front billigen das ohne weiteres. Galm wird mit großem Beifall empfangen, als er

diesen gemeinsamen Aufmarsch von SPD, KPD und SAP als die mühsam erkämpfte Krönung der Arbeit und der Politik der Sozialistischen Arbeiterpartei

darstellt. Aber der Aufmarsch genügt nicht, Taten müssen folgen. So spricht Galm, kurz und klar unter dem Beifall der Zehntausend. Auch ein Vertreter der SPD und einer der KPD sprechen. Als Genosse Weber (M. d. R.) von der SPD spricht und erwähnt, daß nun die KPD nicht mehr die SPD als ihren Hauptfeind betrachten dürfe, nehmen die Kommunisten das stillschweigend hin.

Auf den Straßen herrscht große Begeisterung. SPD, KPD und SAP verbrüdern sich, es ist eine Stimmung wie beim Kapp-Putsch. Aber die Nazis sorgen dafür, daß es bei der Begeisterung nicht bleibt. Aus zwei Nazilokalen in der Domstraße und der Hasenbachstraße wird geschossen, zwei Arbeiter werden verletzt. Unter dem Druck der erregten Massen verhaftet die Polizei sämtliche Nazis aus dem Lokal. Auf der Frankfurter Straße wurde das Schaufenster eines Cafés, in das sich Nazis geflüchtet hatten, eingedrückt.

Noch am selben Abend tagte in Frankfurt a. M. der Bezirksvorstand der SAP Hessen-Hessen-Nassau. Es wurden die notwendigen Maßnahmen besprochen, um die Einheitsfront weiter vorwärts zu treiben. Genossen! Haltet Euch in Alarmbereitschaft!

Wenn alle zusammen marschieren!

(Eigene Meldung der SAZ.)

Nordhausen, 3. Februar.

Als im vergangenen Jahre durch die Initiative der SAP zum erstenmale von den drei Arbeiterparteien zu einer gemeinsamen Kundgebung aufgerufen wurde, glaubte die Nordhäuser Arbeiterschaft, die Einheit sei schon hergestellt. Leider wurden die gemeinsamen Versammlungen, an denen mehrere tausend Arbeiter teilnahmen, durch den Apparat der SPD und KPD wieder zerschlagen.

Umso erfreulicher ist es, daß es diesmal der KPD gelang, eine gemeinsame Demonstration herbeizuführen, die mit großem Erfolg durchgeführt worden ist. Im Demonstrationszuge befanden sich etwa 3200 Personen, auf dem Neumarkt, auf dem die Kundgebung stattfand, waren weit über 4000 Menschen anwesend. Die beiden Redner, Gen. Kleinspehn von der SPD und Gen. Einicke von der KPD, bemühten sich, streng sachlich zu sein. Diese Kundgebung war eine der gewaltigsten, die die Nordhäuser Arbeiterschaft je erlebt hat.

Die Nazis veranstalteten am Montag einen Fackelzug, an dem etwa 350 Personen teilnahmen. Unter ungeheurem Gelächter der Zuschauer mußte dieser Trupp Nazis Spießruten laufen.

Delitzsch

Ortsausschuß des ADGB Delitzsch und Eisenbahner zur gemeinsamen Aktion gegen Faschismus bereit

Eine Funktionärsitzung des Einheitsverbandes der Eisenbahner, Ortsgruppe Delitzsch, nahm am Dienstag zu der neugebildeten Hitler-Regierung Stellung. Auf Grund der von der geeinten Reaktion für die Arbeiterklasse geschaffenen ernsten Lage vertrat sie einmütig den Standpunkt, daß die Schaffung einer gemeinsamen Abwehrfront der gesamten Arbeiterklasse, soweit sie auf dem Boden des Sozialismus steht, das höchste Gebot der Stunde sei. Sämtliche Funktionäre verurteilten das Verhalten der KPD, die auch in dieser ernsten Situation durch Handzettel zum Generalstreik und zur Demonstration gegen Faschismus aufruft, ohne mit den anderen bestehenden proletarischen Organisationen am Orte Fühlung zu nehmen oder sie auch nur in Kenntnis zu setzen. Damit verhindert die KPD bewußt jede gemeinsame Aktion. Das Mißtrauen eines großen Teiles der Arbeiterschaft wird durch das schädigende Verhalten der großen politischen Arbeiterparteien, sowohl der SPD, wie auch der KPD, die beide angesichts der großen Gefahren aus reinen Agitationsgründen jede für sich zu getrennten Aktionen aufrufen, noch verstärkt. Die Funktionäre erklären sich trotzdem für die Teilnahme an der kommunistischen Demonstration, erwarten aber von der KPD die Aufgabe ihrer falschen Taktik.

Der am gleichen Abend tagende Ortsausschuß des ADGB schloß sich in sämtlichen Punkten dem Standpunkt der Funktionärkonferenz der Eisenbahner an. Besonders wurde noch betont, daß es ja nicht nur darum gehe, einfache Demonstrationen durchzuführen, sondern insbesondere darum, daß innerhalb der Arbeiterklasse ein Vertrauensverhältnis geschaffen würde, das auch in anderen Situationen Abwehr- und Kampfmaßnahmen ermöglichen. Der Ortsausschuß richtet einen Appell an die kommunistischen und sozialdemokratischen Funktionäre und Mitglieder, rechtzeitig die Gefährlichkeit ihres Handelns zu erkennen, ehe es zu spät ist.

Auslands-Rundschau

Madrid, 3. Februar.

In den Cortez wurde heute eine von einem revolutionären Abgeordneten eingebrachte Entschließung abgelehnt, in der an den von der Regierung zur Bekämpfung des Umsturzes getroffenen Maßnahmen Kritik geübt wurde. Die Radikalen und die Abgeordneten der äußersten Rechten hatten zuvor den Sitzungssaal verlassen, um nicht mitstimmen zu müssen. Dem gleichen Schicksal verfiel eine zweite Entschließung, in der der Regierung nahegelegt wurde, in Zukunft nicht Unterdrückungsmaßnahmen, sondern Vorsichtsmaßnahmen gegen geplante Unruhen zu ergreifen.

Japan marschiert in Jehol ein

Der japanische Kriegsminister gab in der Kammer die Erklärung ab, daß die bisher auf der Halbinsel Kwantung stationierte Armee bestimmt sei, mit den Truppen von Mandschukuo die 90 000 Mann irregulären (!!) chinesischen Soldaten in Jehol zu vernichten.

Diese Ankündigung bedeutet, entgegen allen Völkerbundsbeschlüssen, die militärische Besetzung der rein chinesischen Provinz Jehol. Die „irregulären“ Truppen sind nichts anderes, als das offizielle Militär des chinesischen Staates.

Kammermehrheit für Daladier

Paris, 3. Februar.

Die neue französische Regierung Daladier hat sich heute im Parlament mit einer sehr allgemein gehaltenen Regierungserklärung vorgestellt. Nach kurzer Debatte wurde dem Kabinett auf Antrag von Herriot mit 370 gegen 200 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen. Die Sozialisten stimmten für Daladier.

Hitler entlarvt sich selbst

Im halbamtlichen WTB wird ein Interview veröffentlicht, das Adolf Hitler dem hiesigen amerikanischen Chefkorrespondenten der „Associated Press“ gab. In diesem Interview erklärte Hitler auf die Frage nach einer Erläuterung des Vierjahrplanes der neuen Regierung u. a. wörtlich:

„Ich freue mich, daß Sie diese Frage gestellt haben. Wenn ich eine Propagandarede für meine Partei hätte vortragen wollen, so hätte ich versprechen können, daß die Arbeitslosigkeit am 15. März verschwunden sein würde und daß am 1. Mai die Landwirtschaft auf ihren alten Stand zurückgebracht wäre. Aber ich bin ehrlicher als die meisten meiner Gegner und habe daher keine solchen Versprechungen mehr (!) gemacht . . .“

Mit erhobener Stimme fuhr er fort:

„Man hat mich als einen Mann beschrieben, der blutrünstige Brandreden gegen die fremden Staaten hält, und die Welt ist jetzt über meine Mäßigung (!!) erstaunt. Meine Herren, ich habe niemals eine Brandrede gehalten . . .“

Kommentar überflüssig.

Wieder daheim

VON JAROSLAV HASEK

(Uebersetzung von V. R. Schwarz.)

Staatsanwalt Norbert Aschenbrenner besuchte nach langer Zeit wieder seine Heimat. Auf seinem Gesicht lag ein Schimmer von Sentimentalität und in jeder Station trank er tief ergriffen, ein Glas Bier, das in den Zug gereicht wurde. Er fuhr nach Protivin, wo er auszusteigen beabsichtigte und von wo er alle ihm einst lieben Orte besuchen wollte, die in irgendeiner Beziehung zu seiner Jugend standen.

Im Geiste sah er schon alle die guten Menschen, die er von früher her kannte, was sie wohl dazu sagen würden, wenn sie ihn jetzt wiedersehen. Er war so gerührt, daß er in einem fort sein Taschentuch benützen mußte, um sich geräuschvoll zu schneuzen.

In Protivin stieg er aus, setzte sich in die Bahnhofsrestauration und überlegte, wen er wohl zuerst besuchen werde. Endlich fiel ihm Onkel Kodejisch ein, der gleich am Bach wohnte. Man erklärte ihm, daß Onkel Kodejisch keinen Laden habe und daß seine Frau blind sei. Sie zeigten ihm sogar, wo er wohne, so daß in einer kleinen Weile der Staatsanwalt mit seinem Onkel redete.

„Was, Sie erinnern sich nicht mehr an mich?" — „Nein." — „Ich bin doch Norbert Aschenbrenner, Staatsanwalt aus Prag." — „Noch immer weiß ich nichts, entschuldigen Sie." — „Aber ich bin doch der Aschenbrenner-Norbert, der Sohn vom alten Aschenbrenner, der hinterm Wasser das Wirtshaus hatte, und Sie sind mein Onkel."

„Aschenbrenner — Wirtshaus — aha ich weiß schon . . . no, und was machst Du da?"

„Ich komme die alten Bekannten und Verwandten besuchen, vielleicht sehe ich sie zum letztenmal."

„No, besonders gut schaust Du aber nicht aus", sagte der alte Onkel, „Dein Vater, das war ein anderer Kerl, und dem haben sie mit dem Krug über den Schädel gehauen und hin war er. Ja, da willst Du wohl über Nacht dableiben. Bei uns ist aber kein Platz. Wir haben nur zwei Zimmer. Und in dem einen schlafen wir. Wann fährst Du wieder?

Der Staatsanwalt biß sich auf die Lippen und sprach kein Wort. „Zur Tante zu gehen, hat keinen Sinn, die ist blind und würde am Ende nur zanken."

„Da laß es Dir halt gut gehen", sagte verbittert der Staatsanwalt.

„Die Hand kann ich Dir nicht geben, die hab' ich voll Povidel, mir sind ein paar Kreuzer vom Pult ins Faß gefallen."

Als der Staatsanwalt wieder auf der Straße war, drehte er sich um und überlegte, wen er jetzt aufsuchen solle. Da erinnerte er sich an seine Base, die einen Gastwirt zum Manne hatte, gerade dort, wo sein Vater das Gasthaus hatte.

Er trat in das kleine Gasthaus links von der Straße ein, das die Aufschrift trug: „Protiviner Bier".

Im Lokal erkannte er sofort in der stattlichen, starken Frau seine Base; er bestellte ein Glas Bier und überlegte, wie er ihr am besten sagen sollte, daß er ihr Vetter sei.

„Kennen Sie mich nicht", fragte er nach längerem Ueberlegen.

„Nein, den Herrn habe ich noch nie gesehen; aber mir scheint, einmal in Budweis am Ringplatz. Ja, ja, ich weiß schon, dort haben Sie einen solchen roten Luftballon gekauft."

„O nein, Sie sind doch Frau Otahal, geborene Aschenbrenner?"

„Das bin ich, und sind Sie nicht der Schreiber von Rosendorf? Der schaut auch so ähnlich drein."

„Nein, der nicht. Ich bin Norbert Aschenbrenner. Staatsanwalt, der Sohn von Josef Aschenbrenner, der früher ihr Wirtshaus hatte."

„Das ist aber schade, daß mein Alter nicht zu Hause ist. Er ist Rinder einkaufen gefahren; heute kochen wir überhaupt nicht. Heute wird im oberen Wirtshaus gekocht."

Sie ging und ließ den Staatsanwalt allein. Es war klar, warum sie das erzählte. Sie hatte Angst, ihn bewirten zu müssen.

Endlich erschien sie wieder und sagte noch, wenn ihr Mann käme, so müsse er Bier anschlagen, es sei schon alle geworden. Dann lief sie wieder davon und kam in einer Weile mit einem Eimer, streifte die Aermel auf und fing an, ohne weitere Worte den Fußboden zu waschen.

Der Staatsanwalt zahlte, und als er ging, sagte seine Base noch: „Im oberen Wirtshaus bekommen Sie sicher Mittagessen."

Wieder stand er auf der Straße seiner Vaterstadt. Alles war so fremd, so kalt, hübsch und beleidigend, daß er voll Aerger mit seinem Stock in den Staub schlug. Dann ging er ganz mechanisch zum oberen Wirtshaus.

Ueber der Tür stand: Josef Wollschmied, Gastwirt. Wollschmied, Wollschmied, wiederholte der Staatsanwalt. Wollschmied war schon zu seiner Zeit reichlich alt, man nannte ihn allgemein den „Geschniegelten", weil er immer seinen Scheitel so glatt trug; unmöglich, daß dies der gleiche sei.

In der Ecke saß ein alter Mann, es war der „Geschniegelte", immer noch der Scheitel in den grauen Haaren. Er muß doch schon über neunzig sein, dachte der Staatsanwalt. „Großvater, erinnern Sie sich noch an den alten Aschenbrenner, der den Sohn in Prag zum Studieren hatte?"

„Wie sollte ich mich an den Lumpen nicht erinnern", sagte der Alte, „und von seinem Sohn erzählt man, daß er immerfort was mit dem Gericht zu tun hat. Der war aber auch immer schon so ein Fruchtteil. Mit der Groß-Marie aus Hermanitz hat er einen Jungen. Der Junge ist jetzt beim alten Lewy in Pisek Gehilfe."

„No, erlauben Sie, wer hat Ihnen denn das alles erzählt, Großvater?" sagte verlegen der Staatsanwalt.

„Davon hat man schon vor Jahren geredet; ich weiß alles. Den Marschner-Vinzenz hab' ich auch gekannt, der hat's wieder mit einer Frau vom Schloß gehalten. No ja, ich weiß alles. Die Marschners waren mit den Aschenbrenners verschwägert. Das waren zwei feine Familien, eine schlechter als die andere. Der alte Aschenbrenner hatte eine Wut auf mich, weil ich am Tag drei Hektoliter Bier mehr ausschenkte als er, da hat er mich angezeigt, daß ich Diebe verstecken tu'. Wie der gemeine Kerl mich überall beredet hat. Und sein Junge, der in Prag studiert hat, das war auch ein Lauskerl. Einmal hat ihn der hiesige Fleischhacker, der gerade was bei Gericht zu tun hatte, gesehen. Zwei Aufseher, und zwischen ihnen der junge Aschenbrenner. Gott läßt halt nichts unvergolten. Gott ist groß und gerecht."

Den Staatsanwalt überlief es bald heiß, bald kalt; er trank einen Schluck Bier und bekam Lust, etwas zu zerschlagen.

Der Alte aber fuhr ruhig fort: „Die ganze Aschenbrenner-Familie war so. Einer von ihnen, der hinten beim Wald wohnt, den haben gestern die Gendarmen abgeführt, weil er Holz gestohlen hat. No, und der Kodejisch, der Onkel von ihnen, der kauft dann das gestohlene Holz."

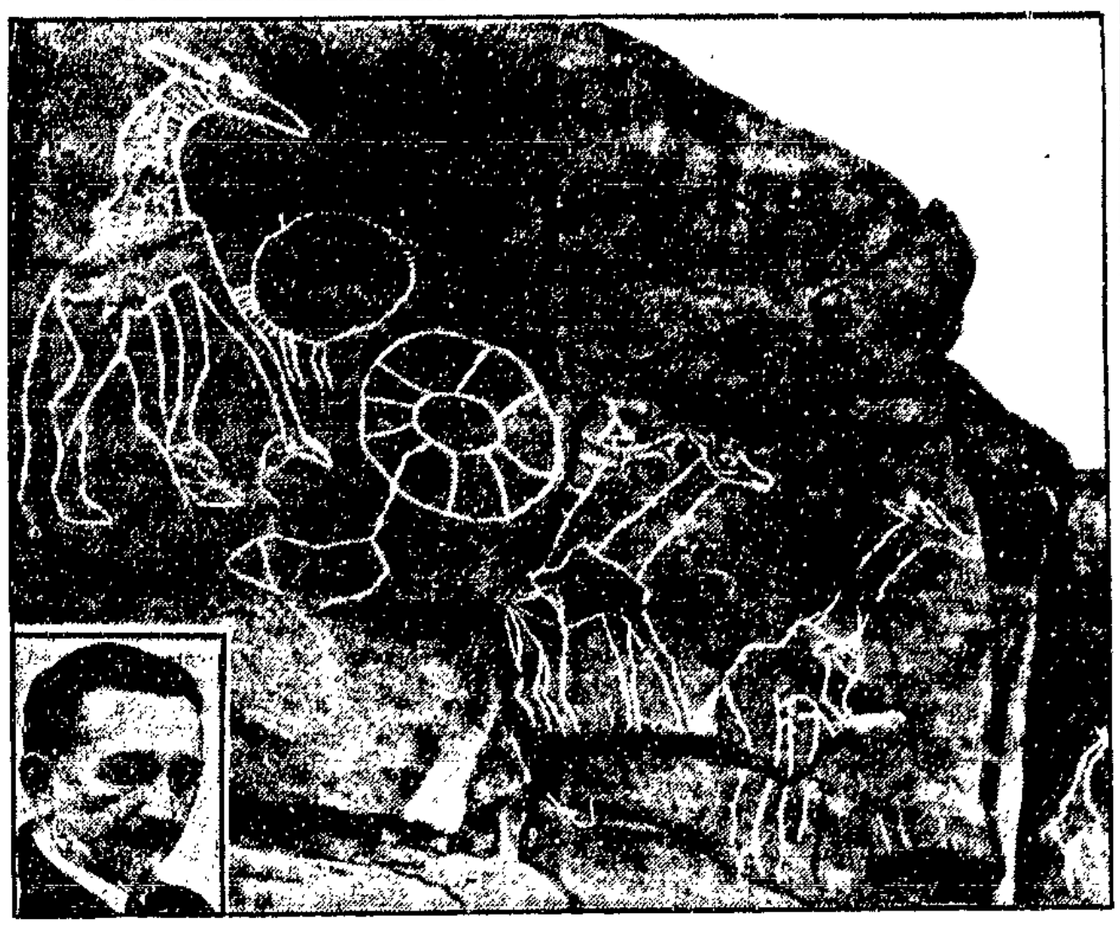
Er schwieg, aber schon einige alte Leute, die [illegible] schon, ihn verdächtig anzusehen.

„S'Gott", sagte der eine davon, „sind Sie nicht der Sohn [illegible] aus Prag?"

„Was [illegible]", erwiderte der Staatsanwalt direkt los, „ich, ich bin der Fuhrmann Hekser aus Budweis". Er zahlte und ging.

„So ein [illegible] Lump", sagte einer der Leute nach seinem Weggang, „das ist der, der vor ein paar Jahren Falschgeld gemacht hat und [illegible] Jahre ausgesetzt hat."

Und der Staatsanwalt, der sich nicht mehr erinnerte, welchen Namen aus seiner Gerichtspraxis er gerade hatte, schritt wütend durch die [illegible] Gassen seines Geburtsortes direkt zum Bahnhof, und als er wieder zurückfuhr, hatte sein Antlitz auch den letzten Schimmer von Sentimentalität verloren und das erste Bierglas, das ihm in den Wagen gereicht wurde, schleuderte er wütend in der Richtung seines Heimatortes.



Afrikanische Tierzeichnungen auf Felsgestein

Der Frankfurter Professor Leo Frobenius (Bild unten links) hat diese Zeichnungen auf Felsgestein in Fessan, der südlichen Provinz von Tripolis, entdeckt.

Aus aller Welt

Schwerer Grubenbrand

Welschenennes (Kr. Olpe), 4. Februar.

Auf der Zeche Glanzenberg brach gestern abend ein Brand in einer Zimmerung aus, durch den 21 Mann der Belegschaft der Weg aus der Grube versperrt wurde. Die Rettungsarbeiten wurden sofort aufgenommen. Es gelang auch, während der Nacht bis heute früh 15 der eingeschlossenen Bergleute zu bergen; unter ihnen befindet sich ein Toter. An der Rettung der noch eingeschlossenen 6 Bergleute wird eifrigst gearbeitet. Man vermutet, daß der Brand durch die Explosion einer Karbidlampe entstanden ist.

9 Tote bei einem Brande

Cleveland (Ohio), 3. Februar.

In einer psychiatrischen Klinik brach heute ein Brand aus, der bald großen Umfang annahm. Einige Stationen waren in ein Flammenmeer gehüllt und ihre sämtlichen Ausgänge vom Feuer versperrt. Trotz heldenmütigster Anstrengung der Krankenwärterinnen fanden neun Patienten den Tod. Die Hilfeschreie der in dem brennenden Gebäude Eingeschlossenen waren weithin hörbar.

Die Stadt Cleveland wurde bereits am 15. Mai 1929 von einem schweren Krankenhausbrand heimgesucht. Damals kamen 124 Personen ums Leben, zum Teil durch die Flammen, zum Teil durch giftige Dämpfe, die durch verbrennende Filmstreifen entstanden waren.

Erdbeben in Saloniki

Athen, 3. Februar.

In Saloniki wurde gestern ein Erdstoß verspürt, durch den jedoch kein Schaden angerichtet wurde.

Auch bei Linz

Linz, 3. Februar.

Im ganzen Gebiet des Pöstlingberges bei Linz ist heute kurz nach Mitternacht ein Erdbeben wahrgenommen worden, das sich durch dumpfes Rollen, Anschlagen der Hausglocken, Klirren der Fenster und Knarren der Türen bemerkbar machte. Das Beben dauerte ungefähr ¾ Minuten.

Marcia Reale

Novelle von Andreas Latzko

Alle Rechte, insbesondere die der Uebersetzung und des Nachdrucks vorbehalten
Copyright 1932 by
Malik-Verlag Berlin

1)

Cäsare Pasquali war Leinenweber in einem kleinen ligurischen Städtchen, bis ihn der Krieg um zwei Finger der rechten Hand brachte. Vom Tage seiner Heimkehr aus österreichischer Gefangenschaft, bis spät in das Jahr 1922, hatte der gute Cäsare unermüdlich seinem Berufe nachgetrauert, und es gab im ganzen Städtchen kaum einen Menschen, der nicht Reißaus nahm, wenn in der Ferne die Gestalt des verstümmelten Pasquali auftauchte. Nur der Wirt der Osteria ließ sich bei einem Gläschen seines elenden Krätzers immer wieder die lange Geschichte erzählen und bestärkte Pasquali kopfnickend in seinem Haß gegen den schurkischen österreichischen Stabsarzt, der die kaum beschädigten Finger abgeknipst hatte, wie man Asche von der Zigarette streift.

Aber der Wirt verschenkte weder seine Gläschen, noch seine Anteilnahme umsonst, und so waren die geringen Habseligkeiten des einstigen Leinenwebers, seine Werkzeuge, seine Sonntagskleider, sein Bett, der ganze stolze Erwerb von zwanzig Arbeitsjahren, Stück für Stück zum Trödler nach Savona gewandert, bis die leere Wohnung dem Hausherrn keine Gewähr mehr für die Miete bot. Die halbe Stadt stand gaffend dabei, als das schön gemalte Schild mit Pasqualis Namen abgehängt wurde; dann ging jeder befriedigt an seine Arbeit, und kein einziger der alten Zechkumpane hielt es für nötig, dem Auswandernden das Geleit zu geben.

Ohne jede andere Habe, als was er gerade auf dem Leibe trug, stand Pasquali auf der Höhe des Kalvarienberges und sah zum letztenmal auf seine Heimatstadt zurück.

Kein einziger Begleiter . . . Nicht ein einziger Segenswunsch auf den Weg . . . Bald würde kein Mensch sich daran stoßen, daß ein fremdes Gesicht aus dem Fenster des Leinenwebers Pasquali sah. Die verdorrte Palme, die man auf der Promenade ausgraben mußte, hatte eine empfindlichere Lücke hinterlassen.

Was hatten eigentlich die Leute gegen ihn? — — Er hätte wohl in Taglohn gehen sollen? Ja, war denn jemand bereit, acht ungeübte Finger zu beschäftigen, wenn er für das gleiche Geld zehn gelernte Finger haben konnte? Selbst nach der Olivenernte hatten sie ihm den Lohn nur widerstrebend wie ein Almosen vorgezählt, als hätte er sich nicht redlich den Rücken zerbrochen, genau wie die anderen — — Alles nur, weil er Pasquali, der Leinenweber, war. Ein Krüppel!

Klatschend stampften seine Schuhe die staubige Straße, er blieb nicht stehen und sah nicht zurück, ehe er nicht die Mitte der nächsten Bucht erreicht hatte und sicher war, keine Turmspitze und kein Rauchfähnchen mehr zu erblicken von seiner Vaterstadt. Zweiundvierzig Lebensjahre hatte er da abgeleiert und nichts, gar nichts zurückgelassen, wovon er hätte denken können: „Das wird mich doch immer wieder hierher zurückführen!" Von niemand konnte er sagen: „Der wenigstens wird sich freuen, wenn ich einmal wiederkomme!" Hätte er statt seiner Finger sein Leben am Monte Grappa gelassen, er wäre wenigstens ein Gesprächsstoff geblieben, ein Name auf der steinernen Säule vor dem Rathaus. So aber war er mehr als tot — ausgelöscht, als hätte er nie gelebt.

Was immer unterwegs seine Augen streiften, jeder Baum, jedes elende Gras hatte sich mit Wurzeln in eine bestimmte Stelle eingefressen! Der kläffende Köter, den er sich mit einem Steinwurf vom Leibe schaffte, galoppierte heulend einem bestimmten Haustor zu und bellte ihm von dort herausfordernd nach! — — Alles war irgendwo daheim, irgendwo auf seinem Platz. Eine angefaulte Orange, die er gedankenlos in die Luft geschnellt hatte, war klatschend niedergefallen ins Gebüsch — für jedes Steinchen gab es einen Fleck, wohin es zurückfallen konnte! Durfte man einen Menschen so hinausschleudern ins Leben, ohne Ziel, ohne irgendeine Zuflucht im Rücken? — —

Einen — — einen Ort zwar — — einen einzigen wußte auch er! Wie anders war sein Abschied in dem fremden, deutschen Bergdorf von den Feinden gewesen, als er wenige Tage nach Abschluß des Waffenstillstandes mit seinem kleinen Ranzen in die Eisenbahn stieg! Brot und Speck hatten ihm die guten Leute zugesteckt, das ganze Dorf hatte ihm noch die Hand drücken wollen, und die Kinder der Bäuerin, bei der er gewohnt und gearbeitet hatte, waren hinaufgelaufen über die Tunneleinfahrt, um ihm nachzuwinken. Ordentlich warm wurde es ihm bei der Vorstellung, er könnte aus freiem Willen dorthin zurückkehren, wo er, stöhnend vor Heimweh, zwei Jahre geschmachtet hatte. Wie sie überrascht aufspringen würden auf dem „Ueberackerhof", dessen Namen er nie richtig auszusprechen erlernt hatte. Bestimmt bekäme er sofort einen Löffel in die Hand gedrückt und einen Platz eingeräumt vor der gemeinsamen Schüssel.

Und die Bäuerin! Pasquali wurde es mollig zumute bei der Erinnerung an die gute Frau, die es jetzt nicht leicht haben mußte mit den sieben, noch nicht arbeitsfähigen Kindern, ohne männliche Hand im Hause. Er dachte an den denkwürdigen Abend, an welchem aus Russisch-Polen die Nachricht eingetroffen war, daß die Bäuerin nun Witfrau sei, und er, der Fremde, der „Feind", den man damals noch allabendlich in die Heukammer einschloß, den brüllenden Säugling aufgenommen und gestreichelt hatte, um der Frau, die nichts von seiner Sprache verstand, auf dem Umwege über das Kind seine Teilnahme auszudrücken. Sie hatte ihn verstanden. Cäsare Pasquali schmunzelte zufrieden, starrte mit geblendeten Augen in die Ferne, bis in dem Dunst, den Meer und Himmel webten, die qualmende Petroleumlampe schaukelte, und — die Hände über dem Tisch vereint, er und die Bäuerin zusammensaßen, keiner des anderen Sprache mächtig, — — verlegen — — und doch bis in die pochende Kehle hinauf von einer heißen Neigung erfüllt, die sie einander in die Arme trieb. — — Pasquali wollte sofort des Teufels werden, nie im Leben einen Tropfen Wein durch die Gurgel rieseln lassen, wenn in der vermaledeiten Stadt, in diesem ganzen Land, das doch seine „Heimat" hieß, irgend jemand lebte, dem es nur halb so viel Spaß machen würde, den Cäsare Pasquali wiederzusehen, als den braven „Austriacci" da oben!

Mit jeder neuen Bucht, die das tiefgezackte Ufer zwischen ihn und seine Vaterstadt schob, schwoll die Erbitterung Pasqualis gegen seine Landsleute mächtiger an, und die Erinnerungen aus der Zeit der Gefangenschaft erstrahlten in immer hellerem Glanze. Gegen Abend schritt er schon so sicher aus, als wäre er von Hause nur aufgebrochen, weil das Heimweh nach den Freunden im Norden ihn nicht hatte zur Ruhe kommen lassen.

Wie marschierte es sich doch gleich ganz anders, wenn man ein festes Ziel hatte, das näher kam mit jedem Schritt! Er wurde nicht müde, sich den Augenblick des Wiedersehens auszumalen, das erstaunte „Jesus Maria!" der knochigen Bäuerin. Die ganze Nacht war ein einziger schöner Traum vom freudigen Empfang.

Erst am Abend des zweiten Marschtages, als er sich wieder unter einer Ueberführung auf das harte Geröll hinstrecken mußte, hatten Hunger und Müdigkeit seine Zuversicht so zermürbt, daß er die Schwierigkeiten zu sehen begann, die sich seinem Unternehmen entgegenstemmten. Er erinnerte sich, davon gehört zu haben, daß die Grenze von Zollsoldaten wimmle, und ein Vermögen nötig sei, die Papiere zu bezahlen, die den Uebertritt ermöglichten. Auch daß er seine einzige gesicherte Einnahme: die winzige Pension, die ihm der Staat für die zwei Finger bezahlte, außerhalb Italiens schwerlich werde beheben können, fiel ihm von ungefähr ein — — und er mußte seine ganze Willenskraft aufbieten, in langen Selbstgesprächen sich überzeugen, daß er in Genua leicht das Geld für den Paß verdienen wird — dann erst versank er — schon gegen Morgengrauen — in bleiernen Schlaf. (Fortsetzung folgt.)

Betriebsräte-Wahlen und Arbeiterinnen

Kursänderung des ADGB ist die beste Mobilisierung

I.R. Auf der ADGB-Betriebsräte-konferenz, die im Januar in Berlin stattfand, sprach die Kollegin Gertrud Hanna über die Notwendigkeit einer stärkeren Einbeziehung weiblicher Belegschaftsmitglieder in die Betriebsräte. Sie führte dabei viele Gründe an, die durchaus richtig sind: Wenn in Betrieben, in denen vorwiegend oder in hohem Prozentsatz Frauen beschäftigt sind, fast nur Männer im Betriebsrat sitzen, so zeigt das eine Passivität bzw. Rückständigkeit der Arbeiterinnen an, die im Interesse der gesamten Arbeiterbewegung bewußt überwunden werden sollte; in vielen Fällen spornt es die Arbeiterinnen mehr zu eigenem Mittun an, wenn einige ihrer Kolleginnen im Betriebsrat vertreten sind; sie bekommen Mut und denken, was die Kollegin kann, kann ich schließlich auch! Vor allem wird eine weibliche Funktionärin in der Regel doch noch mehr gerade auch an die speziellen Nöte der Frauen und an die Vertretung spezieller Arbeiterinnenschutzforderungen denken, wie der hiervon nicht so unmittelbar berührte und sowieso schon mit Problemen und Aufgaben überhäufte Arbeiter. Die Frage des gleichen Lohnes für gleiche Arbeit wird eine aktive Betriebsrätin häufig, weil es sie selber auch trifft mit noch größerem Nachdruck in den Vordergrund rücken als das männliche Betriebsratsmitglied, u. dgl. m.

In diesem Punkte kann die revolutionäre Arbeiterin also mit der reformistischen ADGB-Vertreterin ganz einverstanden sein und mit ihr in derselben Linie eine Campagne in den Betrieben und Gewerkschaften führen. Aber man muß auch die Frage stellen, warum die Arbeiterinnen im allgemeinen — Ausnahmen bestätigen die Regel — selbst dort, wo sie selber das Schwergewicht in den Betrieben bilden, so oft und gern ihren Kollegen das Vorrecht bzw. die Mühe der Funktionsausübung überlassen. Da stoßen wir sofort auf die Schranken des heutigen kapitalistischen Wirtschaftssystems. In ihm ist die Frau mit der doppelten Aufgabe der Erwerbsarbeit und der Versorgung des Haushalts und der Kinder belastet; Haushalt- und Kinderversorgung bedeuten unter den Verhältnissen des Individualhaushalts und des immer schlimmeren Lohnabbaus und der Millionen-Erwerbslosigkeit aber auch dann schon eine Last, unter der ein Mensch zusammenbrechen kann, wenn nicht auch noch eine acht-, ja neun- und zehnstündige, alle Nerven aufs äußerste anspannende Erwerbsarbeit dazukommt. Wir werden also sofort auch auf die Frage gelenkt, daß eine Voraussetzung für eine volle, nicht nur formale Gleichstellung und gleiche Aktivität von Mann und Frau die Aufhebung dieses kapitalistischen Wirtschaftssystems, die Errichtung der ausschließlichen Herrschaft der Arbeiterklasse und der sozialistische Aufbau sind. Auf diesem Wege versagt die ADGB-Führung einschließlich der speziell für die Arbeiterinnen dort fungierenden Gertrud Hanna aber vollständig, ja sie steht ihm feindlich gegenüber und ist deshalb selbst ein treibender Faktor, daß die Arbeiterinnen noch immer nur formal und nicht in der Wirkung den Männern gleichgestellt sind. Das muß den ADGB-Führern und ihren im reformistischen Lager stehenden Anhängern immer wieder mit aller Deutlichkeit gesagt werden.

Trotzdem aber müssen alle bewußt revolutionären und zur ADGB-Führung im Gegensatz stehenden Arbeiterinnen auch heute, allen ihnen im Wege stehenden Hindernissen zum Trotz, mit in die vorderste Reihe treten, Funktionen nicht nur annehmen, sondern sie geradezu zu erobern trachten, eben um ihren Funktionärposten im Sinne der oppositionellen, der revolutionären Propaganda unter ihren Kolleginnen und Kollegen auszunutzen.

Bei dem, was die Kollegin Gertrud Hanna in Berlin ausführte, ist aber auch noch etwas anderes sehr charakteristisch und beachtenswert. Als eine der Ursachen für die relativ geringe aktive Anteilnahme der Frauen an der Betriebsrätebewegung und am Gewerkschaftsleben nannte sie — wieder sehr richtig — mangelndes Vertrauen der Arbeiterinnen zu den Gewerkschaften. G. Hanna sagte dazu wörtlich: „Dieses Mißtrauen müssen wir den Arbeiterinnen nehmen durch die Heranziehung der weiblichen Mitglieder zu unserer Arbeit . . . ferner, um auch nach außen zu zeigen, daß . . . unsere Gewerkschaften gewillt und imstande sind, auch die Interessen der weiblichen Mitglieder und darüber hinaus der Arbeiterinnen im allgemeinen zu vertreten."

In der Praxis ist es sehr häufig so, daß die heute weitaus überwiegend sozialdemokratischen Gewerkschaftsvorstände die vorhandenen weiblichen Funktionärinnen in dem Sinne an die Arbeit heranziehen, daß sie sie in Kleinarbeit ersticken lassen und ihnen an Hand selbst erlebter Einzelheiten dann ganz und gar die Meinung suggerieren, daß nur die Passivität und mangelnde Organisation der anderen an den ständig zu verzeichnenden Rückschlägen schuld wären. So verstehen es verschiedene Ortsverwaltungsleiter, Betriebsratsvorsitzende usw., die dem Reformismus anhängen, es noch immer vortrefflich, gerade die weiblichen sich in der Kleinarbeit abmühenden Funktionäre zu ihren fanatischsten Beifallklatschern und Feinden des oppositionellen Flügels in den Gewerkschaften und Betriebsräten zu machen.

Das wahre Interesse der Arbeiterinnen und der gesamten Arbeiterklasse erfordert wohl eine Heranziehung der weiblichen Belegschafts- und Gewerkschaftsmitglieder zu Funktionen, aber die Heranziehung muß zugleich im Sinne einer Schulung und Mobilisierung zum offenen und entschlossenen Kampfe gegen alle Unternehmerangriffe sein. Das will aber die ADGB-Bürokratie, und das will auch die sozialdemokratische ADGB-Kollegin Gertrud Hanna nicht. Gerade hier liegt indes die einzige Gewähr für den Erfolg und für die Interessierung auch der noch ganz indifferenten Arbeiterinnen an den Betriebsräten und an den Gewerkschaften. So besteht auch in der Frage des Inhaltes der Arbeiterinnen-Propaganda und -Heranziehung ein tiefer Gegensatz zwischen der reformistischen und der revolutionären Auffassung.

Die SAP-Genossen und Genossinnen und alle in den Betrieben und Gewerkschaften Sympathisierenden haben deshalb die dringende Aufgabe, jetzt zu den Betriebsrätewahlen mit aller Intensität für eine starke aktive Heranziehung gerade auch der Arbeiterinnen, aber zugleich im Sinne oppositioneller Gewerkschaftsarbeit, Sorge zu tragen.

Winterkursus Delitzsch

Unser Winterkursus, der sieben Abende umfaßt, beginnt Dienstag, den 7. Februar, 19.30 Uhr, in der Mittelschule, Schulstraße, mit Paul Frölich-Berlin über das Thema: Aus der Geschichte der Revolutionen: Große französische Revolution. Die Delegierten müssen bereits um 19 Uhr zu einer Kartellsitzung erscheinen.

Nazi-Terrorwelle im Ruhrgebiet

Dortmund, 3. Februar.

In der Nacht zum Mittwoch wurde auf die Geschäftsstelle der kommunistischen Zeitung in Dortmund zwei Revolverschüsse abgegeben. Die Schüsse, die in Manneshohe die Fensterscheibe durchschlugen, verletzten niemand. Die Kommunistische Presse für das Ruhrgebiet ist für vier Wochen verboten. Sie darf also erst wieder einige Tage vor den Reichstagswahlen am 5. März erscheinen.

Die KPD Dortmund ruft heute zu einer großen Kundgebung auf, in der der Reichstagsabgeordnete Remmele sprechen soll. Welch eine Verkennung der augenblicklichen Situation in der Führung der KPD herrscht, geht aus dem Thema dieser Kundgebung hervor, das nämlich lautet:

„Was sagt der Kampfbund zum Versailler System?" (!!)

In dieser Stunde, wo das Lebensinteresse der gesamten deutschen Arbeiterbewegung auf dem Spiele steht, hat die Kommunistische Partei scheinbar keine anderen Aufgaben, als durch ihre nationalbolschewistischen Tiraden die Arbeiterschaft von ihren wirklichen Aufgaben abzulenken.

*

Zörgiebel, der Dortmunder Polizeipräsident, der sich schon mehr als einmal im faschistischen Sinne bewährt hat und sich auch jetzt wieder seines Amtes würdig erweisen will, verbot alle Kundgebungen der Kommunistischen Partei und ihrer Nebenorganisationen unter dem freien Himmel. Unter der Deckung der zörgiebelschen Polizei fand hingegen gestern in Dortmund eine faschistische Fackeldemonstration statt, bei der die berittene Polizei rücksichtslos in die spalierbildende Menge hineinritt.

Obwohl in Dortmund jeder fünfte Einwohner ein Kommunist ist, und eine derartige Demonstration der Nazis eine offene Provokation der Arbeiterbevölkerung darstellt, hatte Zörgiebel gegen den Aufmarsch der Braunhemden keine Bedenken.

Sein Kollege, der sozialdemokratische Polizeipräsident von Duisburg, Dr. h. c. Meyer, steht ihm in dem Bemühen, sich bei den Faschisten beliebt zu machen, keine Spur nach. Er wendet die gleichen Mittel gegen die klassenbewußte Arbeiterschaft an und gestattet den faschistischen Horden jede Freizügigkeit.

*

Aus allen Städten des Ruhrgebiets mehren sich die Meldungen von ungeheuerlichen Terrorakten der Faschisten, die ihre Stunde für gekommen hallten, und nun glauben, ihren Mut kühlen zu können.

In Bochum wurde ein kommunistischer Arbeiter durch Messerstiche verletzt; ein anderer wurde von SA-Leuten beschossen. Die daraufhin vorgenommene Durchsuchung von vier Nationalsozialisten durch die Polizei forderte eine Pistole und mehrere Totschläger zutage.

In Witten wurden Arbeiter aus einem Demonstrationszug der Nazis beschossen. Ein Arbeiter erhielt einen Schulterschuß.

In Wattenscheid wurde ein kommunistischer Arbeiter durch einen Messerstich in den Rücken erheblich verletzt. Bei dieser Schlägerei wurden Schüsse abgegeben. Die Durchsuchung des Verkehrslokals der NSDAP führte zur Beschlagnahme eines Trommelrevolvers und einer 08-Pistole mit 50 Schuß Munition.

In Wanne-Eickel kam es bei einem Fackelzug der Stahlhelmer und Nazis zu einer Gegendemonstration der Arbeiterschaft. Die Polizei machte von der Schußwaffe Gebrauch. Fünf Personen wurden bei dieser Schießerei verletzt, darunter auch eine Frau. Die Nationalsozialisten drangen mit 50 Mann in das Geschäftsgebäude der sozialdemokratischen Zeitung „Freie Presse" ein. Sie wurden abgedrängt und gaben dann von draußen mehrere Schüsse auf das Lokal ab.

In Kamen wurden Reichsbannerarbeiter durch Stich- und Schußwunden schwer verletzt, ebenso im Hamm, wo ein Reichsbannermann mit schweren Verletzungen in das Krankenhaus eingeliefert werden mußte.

In Bösingfeld holten Nazis eine schwarz-rot-goldene Fahne herunter, und verbrannten sie auf dem Marktplatz.

In der Untersuchung der Velberfer Unruhen wurde von der Polizei festgestellt, daß der kommunistische Arbeiter Helmut Schäfer durch den Nationalsozialisten Pallack getötet worden ist.

*

Sozialdemokratische Arbeiter, die bis heute noch immer Hoffnungen auf die Polizei setzten, werden im Ruhrgebiet durch das Vorgehen der Polizei eines besseren belehrt. Die Faschisierung der Polizei hat im Ruhrgebiet bereits begonnen. Bekanntlich hat die Regierung die an dem Homberger Feuergefecht beteiligten Landjäger vom Dienst suspendiert. Die Landjäger wurden von den Nazis arg bedrängt und ihr Führer durch einen Schuß getötet. Sie befanden sich also in einer gewissen Zwangslage, als sie ihrerseits von der Waffe Gebrauch machten. Wenn sie jetzt wegen des Gebrauchs ihrer Waffen gemaßregelt worden sind, so kann dieses von der gesamten Polizeibeamtenschaft nur so gewertet werden, daß die nationalsozialistischen Rowdys bestimmte Sonderrechte gemießen. Das bedeutet also nichts anderes, als eine staatliche Sanktionierung aller nationalsozialistischen Ueberfälle.

Schallplatten

sind wieder bei der PKG und im Buchvertrieb der „SAZ" zu haben.

Eisenbahner-General-Versammlung

des Einheitsverbandes Breslau

Welche Aufgaben die organisierten Kollegen der Eisenbahn, dem größten Unternehmen Deutschlands, noch haben, um ihre Gewerkschaft wieder zu einer Kampfesorganisation zu machen, zeigte deutlich die Generalversammlung Ortsgruppe Breslau am 31. Januar. Aus der einst kampfesfrohen Kollegenschaft ist heut eine teilnahmslose verängstigte Arbeiterschaft geworden. Dauernde Entlassung und eine hohnsprechende Entlohnung bei erhöhter Ausbeutung haben das Nötige getan. Und die größte Eisenbahn-Gewerkschaft? Sie ist herabgesunken zu einem Tarifkontrahenten, bar jeglichen Kampfesgeistes. Nimmt es da wunder, wenn die Mitgliederversammlungen von durchschnittlich 50 Kollegen besucht sind?

Eine etwas erfreulichere Ausnahme macht die letzte Generalversammlung. Der 1. Bevollmächtigte Koll. Fuhrmeister gab den Geschäftsbericht. Um es gleich im voraus zu sagen, diese Rede war eine Katastrophe. Außer Organisationsfragen wurde die politische Situation nur so nebenbei gestreift. Aber wie? Drei Parlamentswahlen, zwei Reichspräsidentenwahlen haben wir gehabt. Hindenburg hat den Sieg erfochten (!!) Der Hauptvorstand wie Ortskasse gaben große Mittel zu den Wahlen und es wäre nicht umsonst gewesen (!!). Die Reaktion hat leider jetzt das Heft in der Hand. Hitler ist Reichskanzler. Kollegen, haltet Ruhe und Besonnenheit. Wenn Hitler jetzt nicht hält, was er versprochen, so werden wir ihm sein Versprechen abtrotzen.

Diese Ausführungen dauerten etwa 20 Minuten, davon 5 Minuten Politik. Zu Punkt 2 erläuterte Kollege Nowak den gedruckt vorliegenden Kassenbericht. In der nun folgenden Aussprache beteiligte sich zunächst ein arbeitsloser Kollege. Seine Fragen, welche die Wiedereinstellung in den Arbeitsprozeß behandelten, wurden sehr pessimistisch beantwortet.

Im Verlauf der weiteren Aussprache nahm Koll. Trupke kritisch Stellung zu dem Referat des Koll. Fuhrmeister. In Zeiten, wo der Gegner handelt, werden hier an erster Stelle Kassenberichte und andere organisatorische Dinge behandelt. Gewiß mögen derartige Sachen ebenfalls wichtig sein. Die Kollegenschaft will aber in den Tagen politischer Hochspannung etwas anderes hören. Die Reaktion holt zum letzten Schlage aus. Was hat der Verband getan, um seinen Statuten gemäß den Sozialismus herbeizuführen? Wer hat die Wahlgelder bekommen? Und wem hat die davon bestrittene Wahl Hindenburgs genützt? Wir, das Proletariat, sind die Narren. Der Eisenbahner, der nach einem Ausspruch „die Hand an der Gurgel des Staates" hat, muß wieder Klassenkämpfer werden. Damit schloß Kollege Trupke seine mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen.

Das Schlußwort von Koll. Fuhrmeister war nichts weiter als ein verlegenes Herumreden. Die darauf folgenden Wahlen gingen diesmal noch glatt vonstatten. Die Angestellten des Verbandes sind nicht wählbar. Hierauf beruht zum großen Teil ihre Stärke.

Kollegen der Eisenbahn, wacht auf. Besucht restlos jede Versammlung. Kämpft darum, daß die Gewerkschaft wieder ein Block der Arbeiterschaft wird, vor dem Reaktionäre aller Schattierungen erzittern.

Metall-Industrielle verlangen Lohnabbau

Vom D. M. V. Breslau wird uns geschrieben:

Der Lohnabbauwahnsinn, der die Kaufkraft der Massen drosselt und den Absatz immer mehr zusammenschrumpfen läßt, soll nach den Plänen des Verbandes Schlesischer Metallindustrieller E. V. weiter gehen. Vermehrte Arbeitslosigkeit und zunehmende Pleiten müssen die Folgen dieser weiteren Lohndrückerei sein. Bei einem derart gedrosselten Absatz können viele Betriebe auch dann nicht mehr rentabel geführt werden, wenn die Arbeiter höchste Leistungen vollbringen und umsonst arbeiten. Diese einfache Logik findet in den Köpfen der Unternehmer keinen Eingang.

Die Metallindustriellen gaben dem vor knapp drei Monaten abgeschlossenen Tarifvertrag eine Auslegung, die für die Mehrzahl der Arbeiter Verdienstkürzungen von 5 bis 10 Mark bedeuteten. Deshalb wurde der Lohntarifvertrag vom Deutschen Metallarbeiterverband zum 31. Januar 1933 gekündigt. Die Metallarbeiter verlangen einen klaren, einwandsfrei formulierten Tarifvertrag und fordern die Löhne, wie sie vor dem 13. November 1932 bestanden haben. Es soll der Lohn in der Spitze von 66,5 auf 67 Pfg. erhöht werden. Die Lohnsätze sollen auch gleich den Akkordsätzen sein. Außerdem soll der Akkordarbeiter vor willkürlichem einseitigem Festsetzen und Kürzen der Akkordpreise durch die Unternehmer gesichert sein.

Der Verband Schlesischer Metallindustrieller fordert eine weitere Kürzung der an und für sich kärglichen Löhne, die heute schon für das Notwendigste zum Leben nicht ausreichen: bei den gelernten und angelernten Arbeitern über 24 Jahre um 1½ Pfg. pro Stunde (von 66,5 auf 65 Pfg. bzw. von 59,5 auf 58 Pfg.), bei den ungelernten Arbeitern sind es sogar 3 Pfg. (von 53 auf 50 Pfg.) und bei den angelernten und ungelernten Arbeiterinnen sollen 1½ Pfg. bis 2 Pfg. abgequetscht werden (von 37,5 auf 36 bzw. von 34 auf 32 Pfg.). Der Monteur in der Elektrotechnik soll gar 4½ Pfg. in der Stunde weniger erhalten. Die Akkorde sollen alle revidiert und auf einen Ueberverdienst von höchstens 15% über den Akkordsatz gebracht werden. Dazu kommen noch viele andere Verschlechterungen. Der Lohn des gelernten Akkordarbeiters würde dadurch (im Jahre 1929/30 betrug der Durchschnittsverdienst noch 1,25 Mark) auf 71 Pfg. pro Stunde gesenkt werden. Dieser kärgliche Verdienst wird nur bei aufreibendster, angestrengtester Akkordarbeit von eingearbeiteten, geübten Arbeitern erreicht. An das fachliche Können der Metallarbeiter werden höchste Anforderungen gestellt.

Daß die Metallarbeiter sich gegen diese geradezu aufreizenden Verschlechterungen mit allen Mitteln zur Wehr setzen werden, darauf können sich die Metallindustriellen verlassen.

Sozialistische Ärzte für Antifaschistenkampf

Entschließung vom 31. Januar 1933. Der Vorstand der Aerztefachgruppe im Gesamtverband appelliert in ernster Stunde an die Organisationen der deutschen Arbeiterklasse, insbesondere an die SPD, an die KPD und an die Spitzenorganisationen der Gewerkschaften, zur Abwehr der Hitler-Regierung sich zu gemeinsamem Kampfe, zum sofortigen Einsatz aller Mittel und Kräfte zusammenzufinden.

Verantwortlich: Bruno Sacher, Breslau; Inserat: Herbert Schatz, Breslau. Verlag: Sozialistischer Verlage G. m. b. H. Breslau. Lohndruck Th. Schatzki A.-G. Breslau, Neue Graupenstr. 7.

Expedition: Breslau, Gartenstr. 21, 3 Treppen. Telephon 206 02.

Alle Zahlungen sind zu leisten an Walter Gebauer, Breslau 5, Gartenstr. 21. Postscheckkonto Breslau 757 89 oder Städtische Sparkasse Breslau, Konto-Nr. 20259.

Inseratenpreis: Berechnung erfolgt auf Grund unseres Tarifes.

Frauen der Straße

Aus dem Leben der H. W. G.'s

„Ihr laßt die Armen schuldig werden . . . . "

Vor einigen Tagen brachten wir die alarmierende Nachricht, daß einem Arbeitslosen, der geheiratet hatte, die Zusatzunterstützung für seine Frau verweigert wurde, weil die zuständigen Behörden behaupteten, daß ein Erwerbsloser in der heutigen Zeit nicht zu heiraten habe.

Die Behörden haben sich hier eine ungeheuerliche Bevormundung einer Einzelpersönlichkeit erlaubt. Die Wirtschaftsverhältnisse zwingen dazu, daß junge Menschen heute weniger denn je es wagen in den sogenannten „heiligen" Stand der Ehe zu treten.

Ist es da verwunderlich, wenn die Nachfrage des Mannes nach dem außerehelichen Geschlechtsverkehr außerordentlich gewachsen ist? Auf der einen Seite kann er — wie bereits betont — sich bei der wachsenden Verelendung der breitesten Massen des Proletariats und des Kleinbürgertums nicht an eine ungewisse Zukunft binden, andererseits kann er nicht auf den Geschlechtsverkehr verzichten.

Was bleibt ihm übrig? Er geht zur Prostituierten.

Es ist nun durchaus falsch, unter den Prostituierten die mehr oder weniger eleganten Damen mit dem typischen Handtäschchen zu verstehen — nein, heute bildet mehr denn je

die Prostitution für viele tausende und abertausende von Frauen die einzige Existenzmöglichkeit.

Ihre Ursache liegt ihrerseits ebenfalls in dem furchtbaren Wirtschaftselend, das heute die kapitalistische Gesellschaft ergriffen hat. Deshalb greift die Prostitution auch in Schichten der Gesellschaft über, die früher nur mit Achselzucken und heimlichen Kitzel von ihr sprachen. Sie ist heute mehr denn je ein soziales Problem. Sie hat mit „Moral" und „Sittlichkeit" wenig zu tun, um so mehr mit Essen und mit einem Dach über dem Kopf, mit Verdienstmöglichkeit. Sie entsteht nicht im „Sündenbabel der Großstadt", sondern überall dort — sei es in der Stadt oder auf dem Lande —, wo die Arbeitslosigkeit und der Hunger regieren.

Nach den Bestimmungen des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vom 1. Oktober 1927

> „ist zwar die Ausübung der Prostitution straffrei, aber mit Haft bestraft wird, wer öffentlich in einer Sitte und Anstand verletzenden Weise zur Unzucht auffordert oder sich dazu anbietet.

Das heißt, daß die Prostituierten den Kriminalbeamten, die die Straßen überwachen, ausgeliefert sind. Die Zahl der jährlich zur Anzeige gebrachten Fälle ist sehr groß. Beim ersten Mal wird die Ertappte zwar nur verwarnt, beim zweiten und dritten Mal gibt es Gefängnisstrafen. Geldstrafen können in fast allen Fällen nicht geleistet werden. Die Prostituierte verdient nur so viel, daß es kaum zum Leben reicht. Die Konkurrenz ist groß. Das Angebot übersteigt die Nachfrage.

Wie kommt da eine Prostituierte überhaupt noch zurecht?

„Ich schulde meiner Wirtin schon drei Monate Miete. Neunzig Mark pro Monat, denn sie hat ja das Risiko, wegen Kuppelei angezeigt zu werden. Dann muß ich die Bettwäsche sauber halten, Handtuch und Seife, na, und wenn mal 'ne Kontrolle kommt? Dann soll ich seidene Strümpfe tragen und so, von was denn? Geld fordern darf ich nicht, und wenn einer türmt ohne Bezahlung, kann ich nicht klagen, „denn es dient unsittlichen Zwecken". Aber Bürgersteuer soll ich zahlen, dafür ist unser Geld gut genug."

„Was ich verdiene? Wenn ich eine Mark am Tage habe, kann ich zufrieden sein. Nein, die Geschäfte gehen schlecht. Es ist zu viel Konkurrenz von den Außenseitern."

„Den Außenseitern, wieso denn?"

„Wir gehen stets zur Untersuchung auf Geschlechtskrankheiten."

„Freiwillig? Nein, nur das erste Mal. Dann stehen wir in einer Liste und werden kontrolliert."

„Ich denke, das gibt es nicht mehr?"

„Das gibt es nach dem Gesetz nicht mehr, aber wenn wir nicht alle 14 Tage antreten, kommen sie einem trotzdem holen. In den Akten der Polizei steht hinter unserm Namen H. W. G. = Häufig wechselnder Geschlechtsverkehr. Und auf unserer Kartothekkarte für die Untersuchung auch. Gut, ich sage ja auch, Ordnung muß sein, und man will sich nicht selbst strafbar machen, wenn man angesteckt wird und es nicht meldet. Aber eben die Außenseiter lassen sich nicht regelmäßig untersuchen. Und die gehen in allen Straßen, während wir an unser Revier gebunden sind."

Wer sind diese Außenseiter? Die verkriechen sich in den Hausfluren, sie haben alte, geflickte Mäntel an, eine Mütze auf dem Kopf, sie sehen müde und verhärmt aus. Es sind Familienmütter, die früher nur mit Verachtung von diesem Gewerbe gesprochen haben. Proletarierfrauen zumeist. Ihre Männer sind jetzt arbeitslos, ihre Kinder hungern und schreien nach Brot, die Wohlfahrtsunterstützung reicht nicht aus, Geld muß herbeigeschafft werden. — Und da fragt man nicht mehr wie und wo. Und wenn es nur zwanzig oder dreißig Pfennige sind. Und so stehen sie denn zu Hunderten und Tausenden in dunklen Verstecken herum und warten auf Nachfrage. Das sind die „Auswüchse" der Prostitution.

Bereits vor langer Zeit hat man zum Beispiel im Norden von Berlin eine Razzia veranstaltet — damals wurden 30 Kinder, zum Teil noch schulpflichtigen Alters von den Sicherheitsbeamten aufgegriffen, weil sie „einem unsittlichen Gewerbe nachgingen".

Die haben nicht mehr als fünf und zehn Pfennige verdient. Sie kauften sich Brötchen und ein paar Bonbons dafür. Konnten die Eltern das verhindern, die in den engen Wohnungen mit den Kindern im selben Bett schlafen müssen?

„Auswüchse der Prostitution" nennt man auch jene Dienstmädchen, die vom flachen Lande in die Großstädte kommen mit der Hoffnung hier Arbeit und Verdienst zu finden. Die Hoffnung erweist sich aber allzubald als illusorisch und sie landen schließlich auf der Straße.

Und dann all die jungen kleinen Mädchen, die bei ihrer Heimarbeit so schlecht bezahlt werden, daß sie sich Kleider und Schuhe „verdienen" müssen. Und geht es nicht vielen heute bereits so, die noch eine Stellung im Büro oder im Laden haben — ganz abgesehen davon, daß sie morgen, wenn sie arbeitslos geworden, ganz sicher ebenfalls dazugehören?

Wie viele Töchter „achtbarer Familien" gibt es, die heimlich in einem anderen Stadtteil der Prostitution nachgehen, um sich so das Taschengeld zu verdienen, das ihnen die Eltern nicht mehr geben können.

Gewiß, man bekämpft diese „Auswüchse" der Prostitution. Aber nur dadurch, daß man sie vollends in die Reihen der „Gewerbsmäßigen" stoßt. Die Prostitution kann nur dann bekämpft werden, wenn man ihre Ursachen bekämpft. Und diese Ursachen sind ökonomischer Natur. Sie sind das Elend, die Not und der Hunger, die die Massen quälen. Beseitigt sie, und ihr werdet damit auch die Prostitution beseitigt haben.

Die Sowjetunion gibt das Beispiel. Dort hat man bereits durch die Aenderung der wirtschaftlichen Grundlagen und durch eine liebevolle Fürsorge die Prostitution bereits zu einem sehr hohen Prozentsatze liquidiert. „Der gelbe Paß" (so nannte man den Ausweis der Prostituierten unter der Zarenzeit) gehört der Vergangenheit an. Doch davon ein andermal.

Eine Frau reist in Italien

Aus einem Reisetagebuch

„Gee—la—Hiiiii!" (Eis!), „Gioor—naa—Iii!" (Zeitungen!). Wie ein aufgescheuchter Geflügelhof ist dieser Bahnhof in Tarvisio. Ein Stimmengewirr, ein näselnder Singsang, hüpfende Sprünge, tolle Purzelbäume. Kinder als Verkäufer. Abgehärmte Gestalten unter der gelb brütenden Sonne, unter großen, runden Tellern. Wie gehetzte Küchlein schlüpfen sie auf dünnen Beinchen umher. Ringsherum, an allen Ecken und Enden, wie aufgeplusterte Hähne, uniformierte Miliz, Zollbeamte, Polizei, politische Polizei, Gendarmerie, reguläres Heer. Silberne Knöpfe auf schwarzem Tuch, dunkelgrüne Feder auf hellgrünem Tschako, rote Tressen auf schwarzem Tuch. Feurige Blicke von allen Seiten, primitive Zeichen der Verständigung mit Fingerspiel und Augengezwinker.

Lange unterhalte ich mich mit einem Reisegefährten aus dem Süden Italiens. Wie der Zug durch einen langgestreckten Tunnel rattert, umklammert er mich plötzlich mit eisernem Griff. So, jetzt kommt also die Liebeserklärung, denke ich. Aber nein, er flüstert: „Ich will Ihnen etwas sagen, Sie, Sie sind doch . . . Sozialistin und ich . . . ich bin Republikaner. Ich bin Mitglied der Vereinigung ‚Junges Italien'." Und das zweite Geständnis beim zweiten Tunnel: „Ich bin gegen Mussolini. Viele sind gegen Mussolini . . ."

* * *

Einige Tage Aufenthalt in einer italienischen Hafenstadt. Sonndurchglühter weißer Stein, blaues Meer, grünes Meer, olivenfarben, resedagrün. Braune Körper auf einem blaßblauen Horizont. Bunte Tücher um den Hals. Sonne zerspritzt in Wasserstrahlen, herb duftet getrockneter Tang. Ich fahre Boot mit einem Schiffskapitän. „Schon drei Jahre bin ich arbeitslos." Vom Ufer starren uns die leeren Gerüste der Werften entgegen. „Sagen Sie mal, wie ist es in der Sowjetunion? Es ist doch großartig, was dort geleistet wird. Das imponiert einem richtig." Und abends, wenn die Sonne blutrot, wie ein von Schnupfen aufgedunsenes Gesicht, ins Meer fällt, lauert mir mein alter, weißbärtiger Wirt (ehemaliger österreichischer Gendarm) auf. „Erzählen Sie mir doch, Gnädigste, wie es in Rußland zugeht. Man sagt, dort gibt es keine Arbeitslosigkeit? Bei uns ist es schrecklich." Und dann sitzen wir nebeneinander, der alte bärtige Gendarm und ich, auf den warmen Steinfliesen, Fledermäuse schwirren samten um uns herum, und ich erzähle ihm . . .

* * *

Am nächsten Morgen, wie ich die Straße überquere, um die paar Stufen zum Meer hinunterzusteigen, pflanzen sich zwei Polizziotti (italienische Schupo), wie Figuren aus einem romantischen Epos, vor mir auf. „Sie müssen Strafe bezahlen. In Hosen darf eine Frau nicht auf die Straße." Am nächsten Tag habe ich den Trainingsanzug mit dem Bademantel vertauscht. „Wegen Rückfall zweite Stufe der Strafe: 100 Lire." Auch Bademäntel sind verpönt. Am dritten Morgen habe ich mich gleich in meinen Wintermantel vermummt. „So, jetzt müssen wir Sie aber schließlich abführen. Sie haben doch unter dem Mantel keine Wäsche an!" Und nur meine vornehme Bemerkung: „Ich habe nicht gewußt, daß ein italienischer Polizziotti auf der Straße eine Dame nach ihrer Unterwäsche untersuchen würde", hielt die beiden Hüter der Moral von der Ausführung des Vorhabens ab. (Bald werden wir es auch in Deutschland so weit gebracht haben.)

* * *

Ein intelligenter Bursche ist dieser italienische Schaffner. Unter der schwarzen Mütze irrlichtern die schwarzen Augen. Ein langer Bremmel von Milizmann, der im Eisenbahnwagen auf und ab läuft, stört unser Gespräch. „Bei uns wachsen so große Pfirsiche, so große, wenn der Milizmann dicht in unserer Nähe ist. Und „was glauben Sie, wer zahlt denn diese Leute?" (Die Handbewegung deutet nach dem Uniformierten). „Von unseren Steuern. Und noch gegen uns eingesetzt." Der Milizmann ist wieder da: „Und erst die Pflaumen — — —" Ich befinde mich auf der Rückreise, in der Nähe der italienisch-österreichischen Grenze. Der Schaffner wagt es, immer vertraulicher zu sprechen. „Ich lese auch sozialistische Bücher", schmunzelnd: „Nun ja, ich interessiere mich eben für alles. Deswegen haben sie auch schon bei mir Haussuchung gemacht. Viermal, corpo di bacco. Bücher haben sie weggeschleppt, Heine und Zola, Sinclair und Jack London. Ja, auch Victor Hugo. Solche Bücher brauche ich nicht zu lesen. Sie verderben nur den Geschmack. Was ich jetzt mache? Jetzt besorge ich mir andere Bücher, ganz andere. Nur werden sie die nicht finden, wenn sie wiederkommen — —"

Sexualmoral in UdSSR

> „Ihr Kommunisten wollt die Weibergemeinschaft einführen", schreit uns die ganze Bourgeoisie im Chor entgegen.
>
> Der Bourgeois sieht in seiner Frau ein bloßes Produktionsinstrument. Er hört, daß die Produktionsinstrumente gemeinschaftlich ausgebeutet werden sollen, und kann sich nichts anderes denken, als daß das Los der Gemeinschaftlichkeit die Weiber gleichfalls treffen wird.
>
> Er ahnt nicht, daß es sich eben darum handelt, die Stellung der Weiber als bloße Produktionsinstrumente aufzuheben."

Diese Worte, die Karl Marx und Friedr. Engels im Jahre 1847 im Kommunistischen Manifest aussprachen, gelten heute wie damals. Denn auch heute hat die Bürgerwelt, zumal die bürgerliche Frauenwelt, von der kommunistischen Sexualmoral die unsinnigsten Vorstellungen. Das zeigt sich am deutlichsten in den von keiner Sachkenntnis getrübten, ebenso törichten wie drolligen Urteilen, die alle Reaktionäre (nicht nur die im Königin-Luise-Bund organisierten Tanten und höheren Töchter) über die in der Sowjetunion herrschende Sexualmoral zu fällen belieben. In der Sowjetstadt Baku hat mal vor längerer Zeit die Leiterin des türkischen Frauenklubs Ali Bairamoff einem deutschen Reporter erzählt, daß sie in den ersten Jahren nach dessen Gründung gegen den reaktionären Schwindel ankämpfen mußte, der Klub sei auf „die Sozialisierung der Frauen" erpicht. Die Schwindler hatten etwas von der Befreiung der Frau läuten hören, und ließen, statt über das Gehörte nachzudenken oder sich zu informieren, ihrer erotischen Phantasie freien Lauf.

Worin besteht die Befreiung der sowjetistischen Frau nun in Wahrheit? Darin, daß sie als wirkliche Genossin, Gefährtin, Kameradin des Mannes und nicht mehr als bloß nützliches Haustier oder als bloß amüsantes Lustfierchen lebt. Ihrer Hausfrauentätigkeit wird sie zum größten Teil schon dadurch enthoben, daß sich das Privatleben der herrschenden Klasse, der Arbeiter und der Bauern, weniger im „trauten Heim" als in den prachtvollen Klubs abspielt, die jeder Fabrik und jedem Dorfkollektiv in jedem Sowjetort angegliedert sind und in denen sich zumeist Speise- und Baderäume, Bibliotheks- und Unterrichtszimmer, Turn-, Spiel-, Kino-, Konzert- und Theatersäle befinden.

Frei von den Sorgen, die in den kapitalistischen Ländern den Hausfrauenberuf zu einer ständigen Folter machen,

kann sich die Frau in der Sowjetunion beliebigen anderen Berufen zuwenden; denn alle Berufe, die in jenen Ländern zu Unrecht nur (oder fast nur) vom Manne ergriffen werden können, stehen im Sowjetstaat auch der Frau offen. Indem sie solche Berufe ausfüllt und sich in ihnen bewährt, gewinnt sie gesellschaftlich eine Achtung, die der männlichen Geringschätzigkeit den Boden entzieht. Der Mann ist einfach gezwungen, die Frau als Genossin anzuerkennen; folglich muß er sie auch im Geschlechtsleben als Genossin behandeln und nicht als einen sonst gleichgültigen Gegenstand seiner eigenen, gelegentlichen Triebbefriedigung. Was trotzdem an erotischer Launenhaftigkeit noch im Manne steckt, wird ihm von dem moralisch höherstehenden Kollegen schleunigst ausgetrieben.

Hierbei, setzen nun die Anwürfe ein, die von bestimmter Seite gegen die sowjetistische Sexualmoral vorgebracht werden. Sie erblicken in jeder staatlichen oder parteilichen Befassung mit erotischen Fragen einen „spießbürgerlichen Eingriff ins Privatleben". Wenn es nach ihnen ginge, dann wäre die Sowjetunion bald wirklich jenes Sodom und Gomorrha, als das sie von allen Bolschewistenfressern angeschwärzt wird. Wie albern diese Einwände sind, beweist ein Blick auf die Regelung des Sexualrechts in dem neuen Strafgesetzbuch der Sowjetunion, das am 1. Januar 1927 in Kraft getreten ist und das überhaupt keine „Strafen" im bürgerlichen Sinne von „Vergeltung" und „Sühne", sondern ausschließlich Maßnahmen der sozialen Verteidigung enthält.

Straflosigkeit der von Fachärzten vorgenommenen Abtreibung, Straflosigkeit der sogenannten „Blutschande", Straflosigkeit des „Ehebruchs", Straflosigkeit der sogenannten „Sodomie", Straflosigkeit homosexueller Handlungen zwischen mündigen und willigen Menschen, Straflosigkeit der (durch Beseitigung der Arbeitslosigkeit nahezu ausgerotteten) Prostitution, Schutz der materiell oder dienstlich abhängigen Frauen, Schutz der Jugendlichen —:

ist das alles nicht der bündigste und schlüssigste Gegenbeweis gegen die dummdreiste Behauptung, die Sowjetjustiz werde von „Muckern" und von „Triebverdrängern" beherrscht? Was dem Sowjetstaat von seinen Feinden als „Muckertum" angekreidet wird, das ist in Wahrheit nichts anderes als die konsequente Verwerfung jener von Lenin (in dem bekannten Gespräch mit Klara Zetkin) verworfenen „Glas-Wasser-Theorie", nach der jeder das „Recht" hat, sich den Sexualgenuß so unbedenklich wie einen Schluck Wasser zu verschaffen. Hinzu kommt, daß der Sexualität zwar natürlich eine wichtige, aber nicht eine primäre Rolle im Leben des sowjetistischen Staatsbürgers zuerkannt wird. Er füllt seine freie Zeit schöpferischer und nutzbringender aus als mit der Lektüre pornographischer Schmöker oder mit der Parforcejagd nach pikanten Abenteuern!

Die sowjetistische Sexualmoral verherrlicht weder die Ausschweifung noch die Verdrängung. Sie festigt die Lebenshaltungen, auf denen der ganze Bau der Sowjetmacht unerschütterlich ruht: **Freiheit und Zucht!**

Was liest die Arbeiterfrau?

Von Theobald Tiger

> Für den Arbeiter
> mit dem Intellektuellen
> gegen den gemeinsamen Feind.

Was soll ich denn lesen —? Die paar Stunden,
die du Fabrik und Schreibstube läßt,
kannst du seelisch wieder gesunden —
aber halt an deiner Gesinnung fest!
Biographien der Vaterlandsretter??
Nein.
Patriotisches Phrasengeschmetter?
Nein.
Deine Welt. Die Revolutionen.
Kolonialpolitik und Expeditionen.
Die Geschichte der Völker. Die Verbrechen des Staats.
Die echten Führer des Proletariats.
Die Russen. Petroleum. Der Kampf der Chinesen.
Das sollst du lesen.

Was soll ich denn lesen —? Wellen und Wogen
von bravem Kitsch gehen über das Land.
Da wird den Frauen viel vorgelogen:
Tränenromane mit Ordensband . . .
Gesangverein? Gefühlsduselei?
Nein.
Die Kirchenkeuschheit der Polizei?
Nein.
Dein Weltbild — unverlogen und klar;
die alte Zeit, wie sie wirklich war;
die Geburt der Maschine, mit ihrem Fluche —
die Lehren mißglückter Befreiungsversuche.
Justiz. Amerika. Zeitungswesen.
Das sollst du lesen.
Es geht um das Glück, das sie deiner Klasse genommen.
Wissen ist Macht. Kämpfel Und sei willkommen!

Revolutionäre oder zentristische Partei!

Von Josef Schmitz, Bocholt i/W.

Die Gründung der SAP wurde von seiten der revolutionären Arbeiterschaft mit geteilten Gefühlen empfunden. Die einen ersahen in der Gründung einer neuen Arbeiterpartei eine erweiterte Spaltung der Arbeiterklasse, erblickten in der neu aufgemachten Partei ein zentristisches Mittelding zwischen SPD und KPD und gaben daher dieser Partei keinerlei Existenzberechtigung. Andere wieder nun glaubten nicht im entferntesten an die Möglichkeit eines Existierens einer zweiten revolutionären Arbeiterpartei, sondern gaben ganz offen zum Ausdruck, daß der Bestand dieser Partei nur von kurzer Dauer und nur ein Uebergang zur „einzigsten revolutionären Arbeiterpartei", der KPD, sein könnte. Aber andere jedoch, und dies sind die Parteibürokraten der SPD sowie KPD, erblickten in der Gründung der SAP eine ernste Gefahr für die Existenz ihrer Parteien und verfolgten daher – beide mit einheitlichen Methoden jedoch von gegenteiligen Gesichtspunkten – die SAP mit ihrem ganz besonderen Hab.

Die KPD-Bürokratie deshalb, weil sie den Boden des revolutionären Marxismus verlassen. Sie, die sich zwar theoretisch immer auf die Lehre Lenins stützte, ihre praktische Politik jedoch nichts mit derselben gemein hat; sie ferner auf Grund ihrer ultralinken, sektiererischen Politik sich den Weg zu dem größten Teil des klassenbewußten Proletariats verbaut und daher die Rolle der Partei, das ist die proletarische Revolution organisieren und vorbereiten, nicht erfüllen kann. Wenn nun eine zweite wirklich kommunistische Partei entstehen wird, so würde dies für den Bestand ihrer Partei, der KPD, in Zukunft eine sehr große Gefahr werden. Um daher die Erstarkung und Ausbreitung der SAP zu verhindern, war die Hauptarbeit der KPD-Bürokratie in letzter Zeit darauf gerichtet, einen maßlosen Lügenfeldzug und eine Hetzkampagne gegen sie zu führen, wobei sie selbst vor dem größten Blödsinn, wie „die SAP ist der linkeste Flügel des Faschismus", nicht halt machte. Diese ganze Lügenkampagne der KPD-Bürokratie zeigt uns jedoch so ganz klar und eindeutig die Angst dieser „Helden" vor dem Entstehen einer wirklichen kommunistischen Partei.

Die SPD-Bürokratie daher, weil sie ebenfalls für ihre Partei die ungeheure Gefahr erkannt hat, welche das Dasein einer wirklichen kommunistischen Partei für sie bedeuten würde. Die SPD-Bürokratie ist sich bewußt, daß, wenn eine wirkliche kommunistische Partei entsteht, die theoretisch wie praktisch auf dem Boden des revolutionären Marxismus und auf der Lehre Lenins steht, sie dann ihre bisherige bourgeoisiefreundliche Politik aufgeben muß oder den Bestand ihrer Partei gefährden müßte. Da sie sich aber auf Gedeih und Verderb mit dem Bürgertum verbunden fühlt, so will sie weder das eine noch das andere und bekämpft deshalb mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die SAP.

„Der Zweck heiligt die Mittel", nach diesem echt bürgerlichen Grundsatz verfahren die SPD- wie auch die KPD-Bürokratie in ihrer Bekämpfung der SAP. In dieser Bekämpfung gehen nicht sehr selten die beiden, sich selbst bis aufs Blut bekämpfenden Parteien, SPD und KPD, Hand in Hand, weil sie beide die SAP als kommunistische Partei fürchten und auch zu fürchten haben.

Ist nun inzwischen die so gehaßte SAP eine wirkliche kommunistische Partei geworden?

Wenn wir diese Frage mit revolutionärer Ehrlichkeit beantworten wollen, dann müssen wir sie mit nein beantworten. Wohl hat der revolutionäre Entwicklungsprozeß sehr gute Fortschritte gemacht. Wohl können alle Genossen, die diesen Entwicklungsprozeß innerhalb der SAP haben fördern helfen, mit einer gewissen Befriedigung auf die vollbrachte Arbeit zurücksehen. Für uns aber, als wirkliche revolutionäre Marxisten und Kommunisten, muß die Parole auch in Zukunft lauten: weiter arbeiten im Sinne der Revolutionierung der Partei, im Sinne von Marx, Luxemburg, Liebknecht und Lenin, um die SAP in kurzer Zeit zu einer wirklichen kommunistischen Partei zu gestalten.

Die nun innerhalb der Partei geführte Parteidebatte muß sich in ihrer Hauptsache darauf beschränken:

Soll unsere Partei eine revolutionäre oder zentristische Partei sein?

Daß die innerparteiliche Lage so steht und auch die innerparteilichen Differenzen in dieser Form in Wirklichkeit vorhanden sind, zeigen klar und deutlich die Auseinandersetzungen im Parteivorstand. In der Form, wie die PV-Mehrheit den Kampf gegen die PV-Minderheit führt, zeigt uns, daß es hier um mehr geht als um Personenfragen, um mehr als um Organisationsprinzipien, sondern man fühlt hier recht deutlich, daß es um die Frage geht, revolutionäre oder zentristische Partei!

Scheinbar will die PV-Mehrheit aus der Partei eine USPD in zweiter Auflage, eine zentristische Partei machen, die zwischen der KPD und der SPD hin und her schwankt ohne eine eigene klare politische Linie zu beziehen. Eine Partei, die zwar bei jeder Gelegenheit sich sehr radikal gebärdet, die auch hin und wieder mal Revolution spielen möchte, jedoch nach dem Muster des Lampenputzers, der zwar sich an der Revolution beteiligen wollte, als jedoch die Revolutionäre die Laternen zum Barrikadenbau benutzten, er sich schleunigst aus dem Staube machte, weil er seine geliebten Laternen nicht beschädigt sehen konnte.

Auch verkennt die PV-Mehrheit die heutige politische und wirtschaftliche Situation vollkommen. Wohl war es 1919 möglich, der Arbeiterschaft in Deutschland eine zentristische Partei (USPD) zu präsentieren. Die SPD hatte mit ihrer Kriegspolitik bei einem großen Teile der Arbeiterschaft allzu sehr Schiffbruch gelitten. Die damalige Kommunistische Partei war erst im Entstehen begriffen und noch nicht in den Arbeitermassen verankert. Heute, wo das deutsche Proletariat politisch reifer, wo eine starke Kommunistische Partei – wenn auch nur scheinbar kommunistisch – vorhanden ist, eine, wenn auch nur scheinbar, in Opposition zum Bürgertum stehende Sozialdemokratische Partei besteht, ist die Existenz einer zentristischen Arbeiterpartei nicht gegeben. Ganz davon zu schweigen, daß die Erhaltung einer solchen Partei ein Verbrechen an der Arbeiterklasse bedeuten würde, da eine zentristische Partei nur eine weitere Zersplitterung der ohnehin schon genug zerschlagenen Arbeiterklasse bedeutet. Eine solche Partei würde auch, ganz gleich ob sie will oder nicht, auf die Dauer nur eine Konkurrenzpartei der schon vorhandenen beiden Arbeiterparteien werden, und eine dementsprechende Politik verfolgen müssen.

Hat die SAP als kommunistische Partei eine Existenzberechtigung?

Die SAP hat als kommunistische Partei nicht nur eine Existenzberechtigung, sondern ihr Bestehen ist zu einer unbedingten Notwendigkeit geworden.

Und warum? Die KPD hatte zwar die historische Aufgabe zu erfüllen, die proletarische Revolution — deren objektiver Faktor längst vorhanden ist — subjektiv vorzubereiten und zu organisieren. Die KPD kann jedoch diese ihre historische Aufgabe – auf Grund ihres taktisch sowie auch grundsätzlich falschen politischen Kurses — nicht erfüllen.

Daß dem so ist, beweist uns ihre Einflußlosigkeit in den Betrieben, ja sogar bei den Arbeitslosen, ganz zu schweigen von den Mittelschichten in Stadt und Land. Sie ist weit davon entfernt, die Mehrheit der Arbeiterklasse für den revolutionären Kampf zu gewinnen, was jedoch die Vorbedingung der Möglichkeit einer proletarischen Revolution ist. Sie steht der Bildung einer einheitlichen proletarischen Kampffront als größtes Hemmnis im Wege, ohne die die proletarische Revolution in Deutschland eine glatte Unmöglichkeit sein wird. Sie gibt der deutschen Arbeiterklasse mit ihrer falschen und unverantwortlichen Parole „der nationalen Befreiung" keinen revolutionären – im Sinne des Kommunismus fördernden Internationalismus – Antrieb, sondern sie fördert hiermit die sowieso schon unter der deutschen Arbeiterschaft vorhandenen nationalen Illusionen. Trotz ihrer bei der letzten Wahl erhaltenen sechs Millionen Stimmen kann sie nicht darüber hinwegtäuschen, daß sie in ihrem jetzigen Zustande ein revolutionärer Faktor innerhalb der Arbeiterklasse ist noch sein kann.

Da nun keine wirklich kommunistische Partei vorhanden ist, die die Aufgabe, Vorbereitung und Organisierung der proletarischen Revolution, erfüllen kann, so hat die SAP diese Aufgabe zu übernehmen, die guten revolutionären Elemente innerhalb der KPD systematisch davon zu überzeugen, daß der Weg der KPD ein falscher ist, der nicht zur Revolution, sondern in den Abgrund des bürgerlichen Sumpfes führen muß. Ebenfalls auch die revolutionären Elemente der SPD und der freien Gewerkschaften davon zu überzeugen, daß ihre Organisationen, durch die Führung ihrer verbürgerlichten Bürokratie, in dem bürgerlichen Sumpf landen wird und in der jetzigen Form keine Kampforganisation der Arbeiterklasse darstellen. Die SAP muß in Zukunft durch ihre klare kommunistische Politik ihre Existenzberechtigung und die unbedingte Notwendigkeit ihres Bestehens vor der deutschen Arbeiterklasse beweisen.

Wir haben daher mit aller Kraft darauf hinzuarbeiten, eine wirklich kommunistische Partei aus der SAP zu machen, die Partei zu festigen und sie auch organisatorisch zu einem schlagkräftigen Instrument der proletarischen Revolution zu machen. Das ist jedoch nur möglich, wenn wir die SAP in eiserner Disziplin zu einem Gebilde aus einem Guß machen.

Wir müssen uns endlich von dem naiven Glauben frei machen, als ob die Partei ein loses Gebilde politischer Interessenten sein könnte.

Als ob Genossen, die sich in der Pose der Opposition gefallen, in aller Oeffentlichkeit gegen die Partei auftreten dürfen, sie in den Schmutz treten, sie schädigen und entstellen, und dann dafür nachträglich noch eine Belohnung erwarten. Wer unsere Partei in ihrer Entwicklung zum revolutionären Marxismus, zum Kommunismus, hemmt, der schädigt die Arbeiterklasse, hemmt die proletarische Revolution!

Nicht altpreußischen Kadavergehorsam — wie bei der KPD — dürfen wir in der SAP einführen, sondern jeden Genossen in Selbstdisziplin erziehen, so daß jeder sich darüber klar sein muß, daß in seiner Arbeit für die Partei das Schicksal der Arbeiterklasse und seine Befreiung abhängig ist. Ein jeder Genosse muß seine ganze Kraft für die Partei — die Partei der Förderung der proletarischen Revolution — einsetzen, muß ihr mit seiner ganzen Kraft dienen, während die Partei die Dienerin der gesamten Arbeiterklasse sein muß. Die Partei darf nicht — wie es bei der KPD und der SPD der Fall ist — Selbstzweck, sondern muß Mittel zum Zweck der Befreiung der Arbeiterklasse aus dem Sklavenjoch des Kapitalismus sein. Wenn jedoch die Partei so geartet sein soll, und sie muß so werden, wenn sie überhaupt einen Zweck haben soll, dann muß nicht nur ihre Politik kommunistisch, sondern auch ihr Organisationsaufbau ein kommunistischer sein. Darin erkennen auch wir die PV-Mehrheit als zentristisch, weil sie die kommunistischen Organisationsprinzipien für den Aufbau der SAP ablehnen.

Man kann nicht die Revolution wollen und andererseits den notwendigen Organisationsaufbau einer Revolutions-Organisation verneinen!

Wer das aber tut, ist entweder ein Schwätzer oder hat die Lehre von Marx und Lenin nicht begriffen. Zwar dürfen wir innerhalb der SAP die diktatorische Gewalt des Parteiapparates, wie dies in der KPD der Fall ist, nicht einführen, weil dadurch jegliches politische Leben innerhalb der Organisation erstickt wird und die davon betroffene Organisation jegliche Schlagkraft einbüßen muß. Wir haben innerhalb der Partei den weitestgehenden demokratischen Zentralismus in Zukunft beizubehalten. Der darf jedoch nicht dazu führen, daß die Partei zu einem Diskutierklub herabsinkt und sie dann unfähig ist, die an sie gestellte Aufgabe zu lösen.

Daher für eine einheitliche, revolutionäre, kommunistische Politik, für eine straffe, stahlharte, disziplinierte und kampffähige Organisation, um das Ziel zu erreichen, wegen dem wir die Partei geschaffen: die Befreiung der Arbeiterklasse durch die proletarische Revolution!

Vorhut oder Vormundschaft

Von Peter Petroff

„Die Kommunisten stellen keine besonderen Prinzipien auf, wonach sie die proletarische Bewegung modeln wollen."

Marx.

Durch die großen Ereignisse der Nachkriegszeit ist die Frage des Verhältnisses zwischen Partei und Klasse stark in den Vordergrund getreten, der Klärung aber nicht näher gebracht worden. Im Gegenteil! Die Verhältnisse, die sich in der Arbeiterbewegung der Nachkriegszeit international herausgebildet haben, haben die Klärung erschwert. Und heute bemerken wir an manchen Stellen eine verkappte Abkehr von dem klaren Standpunkt, den Marx und Engels in dieser Frage einnahmen.

Der tiefe Riß, der gegenwärtig durch die Arbeiterklasse geht, hat auch in dieser Frage zwei Lager geschaffen. Suchen die einen die Partei zum nachschleppenden Schwanz der Arbeiterklasse herabzudrücken, so möchten die anderen sie dem Proletariat zum Vormund bestellen, während die Partei ihrerseits sich der Bevormundung durch einen Führerklüngel unterordnen soll.

Mit Marxismus hat weder der eine noch der andere Standpunkt das Mindeste zu tun. „Die theoretischen Sätze der Kommunisten beruhen keineswegs auf Ideen, auf Prinzipien, die von diesem oder jenem Weltverbesserer erfunden oder entdeckt sind", schrieb Marx. „Sie sind nur allgemeine Ausdrücke tatsächlicher Verhältnisse eines existierenden Klassenkampfes, einer unter unseren Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung."

In seiner 1902 erschienenen Arbeit „Was tun?" ließ sich Lenin, um seine aus den praktischen Notwendigkeiten des damaligen russischen Tageskampfes geborene Forderung nach Schaffung eines Kadres „professioneller Revolutionäre" zu stützen, dazu hinreißen, die Behauptung aufzustellen, das Proletariat könne nicht aus sich selbst heraus zu klaren sozialistischen Ideen kommen: „Die urwüchsige Entwicklung der Arbeiterbewegung führt gerade zu ihrer Unterordnung unter die bürgerliche Ideologie . . ., denn die urwüchsige Arbeiterbewegung ist Trade-Unionismus, ist Nur-Gewerkschaftlerei, und Trade-Unionismus bedeutet gerade die geistige Unterwerfung der Arbeiter unter die Bourgeoisie . . . Die Geschichte aller Länder bezeugt, daß die Arbeiterklasse, ausschließlich auf ihre eigene Kraft angewiesen, nur fähig ist, ein trade-unionistisches Bewußtsein herauszubilden, d. h. die Ueberzeugung von der Notwendigkeit, sich in Verbänden zusammen zu schließen, Kämpfe mit den Arbeitgebern zu führen, der Regierung diese oder jene für die Arbeiter notwendigen Gesetze abzuringen." Ja, Lenin erklärte noch schärfer, „von einer selbständigen, von den Arbeitermassen selbst im Verlauf ihrer Bewegung herausgearbeiteten Ideologie kann gar keine Rede sein. Das sozialdemokratische Bewußtsein konnte nur von außen hereingetragen werden . . . Die Lehre des Sozialismus ist aus den philosophischen, historischen und ökonomischen Theorien hervorgewachsen, die herausgearbeitet worden sind von Vertretern der besitzenden Klassen, von Intellektuellen."

Diese Leninsche Theorie rief auf dem Parteitag der in jenem Augenblick noch nicht gespaltenen Russischen Sozialdemokratischen Arbeiter-Partei im Jahre 1903 heftige Debatten hervor. In die Enge getrieben, gab Lenin mit der ihm eigenen Unvoreingenommenheit gegen sich selbst offen zu, er habe hier in der Polemik gegen die „ökonomistische" Richtung in der Partei über das Ziel hinausgeschossen. Diese hätten das Steuer zu sehr nach der einen Seite gedreht — um es wieder in die richtige Lage zu bringen, hätte man es übermäßig nach der anderen Seite drehen müssen. „Und das habe ich denn getan", erklärte Lenin wörtlich. Damit rückte er also von der oben zitierten unmarxistischen und sogar antimaterialistischen Auffassung selbst ab.

Aber dieser — von Lenin damals als solcher anerkannte — Fehler ist heute Grundtheorie der modernen „Leninisten" geworden. Auf diesem Fehler Lenins beruht ihre ganze Anschauung über das Verhältnis zwischen Partei und Klasse.

Dabei ist gerade dieses Problem in den grundlegenden Schriften des Marxismus völlig klar behandelt. „Der moderne Sozialismus", schreibt schon Engels im Anti-Dühring, „ist weiter nichts als der Gedankenreflex dieses tatsächlichen Konflikts (zwischen den Produktionskräften und der bürgerlichen Form ihrer Ausnützung P.), seine ideelle Rückspiegelung in den Köpfen zunächst der Klasse, die direkt unter ihm leidet, der Arbeiterklasse." Engels bringt hier also deutlich zum Ausdruck, daß gerade das Proletariat durch seine Klassenlage zur sozialistischen Ideologie geführt wird. Geschieht die Formulierung auch durch Personen anderer Herkunft, so kann dies an der Sache nichts ändern. Und wirklich wären auch Marx und Engels ohne die Erfahrungen der Chartistenbewegung, mit der sie in engem Kontakt standen, nicht das geworden, was sie waren.

Dennoch baut sich die ganze Praxis der Komintern und der einzelnen kommunistischen Parteien und Gruppen — der „rechtgläubigen" wie der „ketzerischen" — auf diesem „leninistischen" Gedankengang auf. Selbst innerhalb der SAP finden wir eine Richtung, die von ihrer hohen kommunistischen Rosinante herab verachtungsvoll auf die Arbeiterklasse herniederblickt, da diese nicht in ihrer Gesamtheit die rechte Glaubensformel angenommen hat und somit allen Sektierern als minderwertig erscheinen muß. Die Theorie von der Nicht-Reformierbarkeit der Sozialdemokratie (die selbst in die provisorische Prinzipien-Erklärung der SAP Eingang gefunden hat!) ist auf diesem Holze gewachsen.

Wenn den Millionen von Proletariern, die in der Sozialdemokratie und ihren Nebenorganisationen zusammengeschlossen sind, „die Rückkehr zum Klassenkampf für immer verbaut" ist, wie es in der Prinzipien-Erklärung heißt*), so müßte man allerdings über der deutschen Arbeiterbewegung wie über Dantes Hölle die Aufschrift anbringen: „Laßt alle Hoffnung schwinden!" Dasselbe würde natürlich auch für die unter kommunistischem Einfluß stehenden Massen gelten.

Jede bewußt proletarisch-sozialistische Partei stellt innerhalb der Gesamtheit der Arbeiterklasse eine Vorhut dar. Die von ihr erfaßten Klassengenossen gehören ja zu den Elementen innerhalb der Klasse, die mit ihrer Klassenlage nicht nur unzufrieden sind, sondern auch darüber nachdenken, und die durch organisierte Einwirkung eine Aenderung für die Klasse und nicht nur für ihre Person herbeizuführen wünschen. In Zeiten klar hervortretender Klassenfronten und verschärften Klassenkampfes wird eine solche Partei niemals auf die Dauer untätig beiseite stehen können, sondern sie wird durch die in ihr wirkenden Klassenkräfte endlich doch vorwärts getrieben werden. Ebenso müssen aber in Stagnationsperioden alle zugkräftigen Parolen und Agitationsmätzchen erfolglos verpuffen. Denn der Klassenkampf folgt seinen eigenen Gesetzen, die sich weder durch die

---

*) Genosse Petroff hat hier nicht ganz richtig zitiert. In der Prinzipien-Erklärung wird hier nicht von den Millionen Proletariern, die in der SPD und „ihren Nebenorganisationen organisiert sind" gesprochen, sondern von der SPD als Partei. Wörtlich lautet die betreffende Stelle in der Prinzipien-Erklärung: „Die SPD ist durch ihre bisherige Politik unlösbar mit dem kapitalistischen Staat und dem kapitalistischen System verbunden und damit die Gefangene ihrer eigenen Politik. Die Rückkehr zum Klassenkampf ist ihr für immer verbaut." (Red. SAZ)

Kampfunlust einzelner Führer noch durch die Ungeduld anderer in ihr Gegenteil verkehren lassen.

Das wollen aber die Anhänger der (von Lenin ja widerrufenen) „leninistischen Idee", daß den Massen sozialistische Ideen von außen eingetrichtert werden müssen, nicht begreifen. Da sie nicht gelernt haben dialektisch zu denken, sehen sie in einer Erscheinung wie der deutschen Sozialdemokratie nur deren einmaliges Gegenwartsbild, aber sie beachten nicht die in ihr wirkenden lebendigen Kräfte, in einem Wort, sie begreifen sie nicht dialektisch in ihrer Veränderlichkeit und Veränderung. Dieser Satz von der Sozialdemokratie, der die Rückkehr zum Klassenkampf „für immer verbaut" ist, stellt ein Musterbeispiel dar jener sturen metaphysischen bürgerlichen Denkweise, die hinter jeder Volksbewegung den „geschickten Aufwiegler" wittert oder deren Ausbleiben aus den „Fehlern" irgendwelcher Führer erklärt.

Demnach fällt einer revolutionären proletarisch-sozialistischen Partei nicht die Aufgabe zu, die proletarische Bewegung nach den von ihr aufgestellten Prinzipien zu modeln und auf ihre jeweiligen Parolen und Patentmedizinen zu verpflichten. Sie soll sich nicht zum Vormund der Arbeiterklasse aufwerfen, sondern **sie soll die Rolle der Vorhut im Tageskampfe des Proletariats spielen als klarster und entschiedenster** Teil der Klasse. Sie soll aber nicht in diesen Tageskampfen aufgehen, sondern stets den Zusammenhang dieser Einzelkämpfe mit dem allgemeinen großen Befreiungskampf des Proletariats im Bewußtsein der Massen klären und die Massen für den revolutionären Endkampf vorbereiten. Dabei muß ihre Taktik jederzeit sowohl von ihren revolutionär-sozialistischen Grundsätzen wie von den wechselnden Verhältnissen bestimmt werden.

Wenn also heute von einigen Genossen der KPO-Fraktion der Versuch gemacht wird, die gesamte soziale und politische Entwicklung unter den Hut ihrer schlecht formulierten und teilweise einfach falschen und unmarxistischen Prinzipien-Erklärung (an der nach Frölich ja nicht „irgendwie gerüttelt werden" darf) zu bringen und alles, was nicht darunter paßt, abzuleugnen, so ist das reinstes, lächerlichstes Sektierertum. Als das Gothaer Programm mit all seinen Fehlern angenommen wurde, um die Vereinigung der Lassalleaner und Eisenacher zu ermöglichen, mußte hernach an ihm von Marx sogar recht kräftig „gerüttelt" werden, um es endlich durch ein besseres zu ersetzen.

Marxisten denken nicht in absoluten Begriffen und ewigen Normen, sie sind keine „Weltverbesserer", die irgendwelche allein selig machenden „Prinzipien erfunden oder entdeckt" haben und diese hernach als Geßler-Hut zur öffentlichen Verehrung aufstellen!

Liegnitz

Am Sonntag demonstrieren wir gegen die vereinte Reaktion für die Einheitsfront des Proletariats.

Antreten: 10.15 Uhr am Vorderhaug.

SAP. SSB. SJV.

Feuerüberfall auf ein Reichsbannerlokal

Glogau, 3. Februar.

In der Nacht zum Freitag gegen 23.30 Uhr wurden, wie die Polizei berichtet, von der Straße aus durch die Fenster eines Reichsbannerlokals in der Grützmacherstraße mehrere scharfe Schüsse abgegeben. Außerdem wurden die Fensterscheiben am Lokal eingeschlagen, und es kam auf der Straße zu einer Schlägerei.

Haussuchungen bei der KPD in Görlitz

Die Görlitzer Kriminalpolizei nahm Freitag vormittag bei 33 Mitgliedern der KPD Haussuchungen nach Waffen und Druckschriften hochverräterischen Inhalts vor. Es wurden nur belanglose Sachen gefunden, so daß keine Festnahmen erfolgten.

Der tägliche Selbstmord aus Wirtschaftsnot

Breslau, 3. Februar.

Freitag morgen wurde der 42jährige Geschäftsführer Franz A. in einem Ausschank an der Gräbschener Straße, den er erst vor einigen Tagen übernommen hatte, tot aufgefunden. Er hatte sich die Pulsadern mit einem Rasiermesser geöffnet. Neben der Leiche lag eine Pistole. Es bedarf noch der Feststellung, ob sich A. auch einen Schuß beigebracht hat. Das Motiv zur Tat ist offenbar in zerrütteten wirtschaftlichen Verhältnissen zu suchen.

Butter-Marke: „Deutschland erwache"

In einem kleinen Kellerbäudel, Bohrauer Straße 65, kann der „teutsche" Mann und die „teutsche" Frau Butter kaufen, auf deren Packung in großen Lettern die Aufschrift „Deutschland erwache" prangt.

Sehen wir von der politischen Blödheit, eine solche Packung herzustellen, ab, so bleibt immer noch der Rückfall zum Kitsch einer längst verschollenen (oder noch nicht?) wilhelminischen Aera. Wir empfehlen dem Stuttgarter Kitschmuseum den Ankauf einer solchen Butterpackung.

Proleten sind vogelfrei

Ein neuer Naziüberfall

Im Anschluß an die gestrige Nixdorf-Veranstaltung der marxistischen Arbeiterschule kam es gestern abend zu einem Vorfall, der so recht die politische Situation von heute zeigt. Als ein Genosse der KPD auf dem Heimweg von der Veranstaltung, die in der Monistischen Gemeinde stattfand, aus dem Lokal Ecke Grünstraße Vorwerkstraße vorbeiging, alarmierte ein Nazi die in dem Lokal befindlichen 30 bis 40 SA-Leute mit dem Ruf: „Die Kommune kommt". Darauf wurde der Genosse in gemeinster Weise überfallen, mißhandelt und konnte erst befreit werden, als andere Versammlungsbesucher zu Hilfe kamen. Es ist bezeichnend, daß ein in der Nähe befindlicher Polizeibeamter, der sich während dieser Vorgänge völlig passiv verhalten hatte, erst einschritt, als sich das Blatt zu Ungunsten der Nationalsozialisten zu wenden schien. In diesem Augenblick traf auch ein Ueberfallkommando ein und nahm natürlich nicht die nationalsozialistischen Provokateure, sondern zwei der Versammlungsbesucher fest, die dem mißhandelten Genossen zu Hilfe gekommen waren. Die belastenden Aussagen der Versammlungsbesucher gegen die Nationalsozialisten wurden von der parteilichen Polizei unbeachtet gelassen, und es charakterisiert die Polizei genau so wie den Vorfall, daß die beiden Verhafteten erst freigelassen wurden, als ein gut gekleideter Herr in Begleitung einer Dame aus dem bezeichneten Lokal heraustrat und die obige Darstellung des Vorfalls gab, nach der die Nationalsozialisten als die Schuldigen gelten müssen. Proleten sind heute vogelfrei. Das dürfte die gestrige Begebenheit wieder demonstriert haben. Daher gilt es jetzt doppelt, zusammenzustehen und über die Einheit des Proletariats die Kampfkraft und den Willen zur Defensive und Offensive des Proletariats zu stärken.

Tragödie des Kleinbürgers

Zuträgereien und Klatsch zerrütten Ehe — Der Mord am Schwiegervater

Görlitz, 2. Februar.

Das Wolffbüro meldet: Vor dem Schwurgericht Görlitz begann, wie bereits kurz gemeldet, der Mordprozeß gegen den Brennereiarbeiter Max Wolsch aus Hirtenmühle, der beschuldigt wird, am 25. September v. J.

seinen Schwiegervater, den Mühlenbesitzer Ernst Robisch aus Hirtenmühle, vorsätzlich erschossen und versucht zu haben, seine Schwiegermutter sowie seinen kleinen Schwager zu töten.

Der 1899 in Gablenz, Kreis Rothenburg, geborene Angeklagte war seit 1924 in der Engelhardt-Brauerei in Weißwasser tätig. Er wohnte bei dem Sägemühlenbesitzer Fritz Robisch, seinem Schwiegervater, in Hirtenmühle bei Muskau, mit dem er sich jedoch nicht vertrug. Auch seiner Ehefrau traute der junge Ehemann nicht recht; er war der Meinung, daß sie es mit der ehelichen Treue nicht genau nehme. Deswegen kam es zwischen den Eheleuten oft zu Streitigkeiten.

Die Eifersucht des Wolsch fand immer neue Nahrung durch Zuträgereien und Klatsch.

Schließlich fand Wolsch einmal seine Frau mit einem Gialan in der dunklen Küche des elterlichen Wohnhauses. Seitdem wurde die eheliche Gemeinschaft aufgehoben. Die Frau zog zu ihren Eltern, während der Angeklagte in seiner alten Wohnung, die sich in einem Mühlengebäude befand, blieb. Bekräftigt wurde der Mann von seinen Schwiegereltern, die ihm die Mahlzeiten durch seine Frau überreichen ließen. Wiederholt versuchte Wolsch, seine Frau zur Rückkehr in seine Wohnung zu bewegen, leider vergeblich.

Dieser Zustand blieb bis zum Tage der Mordtat bestehen. Es war Sonntag, der 25. September v. J. Am Morgen nahm der Angeklagte sein Gewehr und ging auf die Jagd; er hatte ein in der Nähe der Mühle gelegenes Jagdrevier gepachtet. Um 7 Uhr kehrte er jedoch zurück. Nachdem er das Gewehr, angeblich ungeladen, an den Ofen gehängt hatte, traf er zufällig auf dem Hofe seine Frau, die stumm an ihm vorüber ging und ihm nicht einmal einen Gruß bot. Das Verhalten seiner Frau an diesem Sonntag versetzte ihn in maßlose Erregung, doch beherrschte er sich und fuhr zur Kirche, aus der er etwa um 12 Uhr in seine Wohnung zurückkehrte.

Dort traf er seine Frau an, die ihm das **Mittagessen gebracht hatte. Es kam zu einem** Streit, in dessen Verlauf der Angeklagte Aufschluß über ein vermeintliches Verhältnis zu einem Manne forderte. Zuvor hatte er die Tür des Zimmers von innen verriegelt.

Die Frau rief nach ihrer Mutter, die auch kam und ihrer Tochter durch das Fenster zurief:

„Raus mit dem Hund! Du bringst ihm kein Essen mehr!"

Inzwischen kam auch der Schwiegervater, der stürmisch Einlaß in die Wohnung verlangte. Da ihm nicht geöffnet wurde, zerschlug er das Fenster und machte Anstalten, in das Zimmer zu klettern. Darauf ergriff der Angeklagte das am Ofen hängende Gewehr, das in Wirklichkeit geladen war. Damit wollte er die Flucht ergreifen. Da er aber auf dem Flur Schritte hörte und ein Entkommen für nicht mehr möglich hielt, zumal auch die Tür von außen zugehalten wurde, besann er sich, legte plötzlich das Gewehr auf den Schwiegervater an und drückte los. Erschossen lag der Alte am Boden. Am Fensterkreuz fand man später noch Einschläge eines zweiten Schusses, den aber der Angeklagte nicht abgegeben haben will.

Die Frau flüchtete aus dem Zimmer, und hinter ihr her lief auch der Angeklagte. Er irrte planlos umher und stellte sich am Montag, nachdem er inzwischen von dem Tode des Robisch erfahren hatte, der Polizei in Spremberg.

Das Urteil

Am Donnerstag nachmittag wurde nach zweitägiger Verhandlung vor dem Görlitzer Schwurgericht das Urteil gesprochen. Das Gericht verurteilte den Angeklagten nach mehrstündiger Beratung wegen versuchter Tötung und vorsätzlicher Tötung zu

zwei Jahren und zehn Monaten Gefängnis.

Im übrigen erfolgte Freispruch. Als strafmildernd wurden die unglücklichen ehelichen Verhältnisse des Angeklagten in Betracht gezogen. Das Gericht nahm an, daß der Angeklagte nicht mit Ueberlegung gehandelt habe. Notwehr habe nicht vorgelegen.

Film und wir

„Unmögliche Liebe" im Capitol.

„Unmögliche Liebe" — unmöglicher Film! Und doch ein ereignisreicher Abend, der allein durch die große Gestaltungskraft der viel umstrittenen Nielsen seine Prägung erhält. Wie in den stummen Filmen, die fast alle längst der Vergangenheit anheimgefallen sind, so fesselt sie auch hier wieder in ihrem ersten großen Tonfilm nach langer Zeit durch ihre unerreichte darstellerische Begabung, ihre stillen, völlig in sich abgeschlossenen Gebärden, ihre so angenehm empfundenen sparsamen Gesten. Die Paarung stiller Heiterkeit, Mütterlichkeit und kraftvoller Lebensbejahung machen uns das Problem der „alternden Frau" sogar in diesem teilweise ganz kümmerlichen Film lebenswahr.

Regie und Aufnahmen sind fast durchweg nur dann anerkennenswert, wenn die Nielsen mitwirkt, und so müssen wir eigentlich bei der mehr als mageren Handlung dem Regisseur dankbar sein, daß er die Nielsen in den Mittelpunkt stellte und der technischen Wirksamkeit ihrer Darstellungskunst aufmerksam entgegenkam.

Nur eine Szene herausgegriffen aus den vielen, die erst durch die Gestaltungskraft der Nielsen durchblutet und lebenswarm erscheinen: ihr ungewolltes Zusammentreffen mit der geistig umnachteten Frau ihres Geliebten (Rehmann). Hier erst, an dieser menschlichen Tragödie, zerschellt sie und ihre „unmögliche Liebe", die sie bereit war, trotz bürgerlicher Moralsimpeleien, trotz sittlicher Entrüstung der Menschen ihrer Gesellschaftsschicht, zu verteidigen. Hier wirkt die ganze Nielsen, die große Tragödin und, trotzdem uns der Ausklang des Filmes, das „große Nichts", ablehnend findet, gestaltet sie auch das — und gerade das — zu einem wahren Erlebnis. (Nicht vergessen sei hier neben mäßigen Leistungen der anderen Darsteller die junge, warmblütige Ellen Schwannecke.)

Wie zur Zeit des stummen Films wird man auch hier wieder vor die Frage gestellt, wann endlich einmal die Nielsen in einem Film wirken kann, der ihrer würdig ist; der das Interesse einer kleinen Schicht an ihr auf die Allgemeinheit verbreitet und so jedem die Möglichkeit gibt, die große Kunst der Nielsen als eine Bereicherung in sich aufzunehmen.

M—s.

Die Roten Raketen aus Berlin

starten in der Monistischen Gemeinde

Sonnabend, den 11. Februar, um 20 Uhr,
Sonntag, den 12. Februar, um 19 Uhr.

Programm: Politisches Kabarett, rote Jazzband, Schnellzeichner; politische Karikaturen.

Einheitspreis 30 Pf.

* * *

Sonntag, den 12. Februar, 14½ Uhr:

Kinderveranstaltung

der Roten Raketen.

Eintritt: für Kinder 10 Pf., für Erwachsene und Jugendliche 20 Pf.

Karten für alle Veranstaltungen sind zu haben: im SAP- und SAZ-Büro, Gartenstraße, in der Sternbücherei, Gneisenaustraße, bei den Zeitungsträgern, sowie bei den Funktionären der SAP, des SJV und der SAK.

An der morgigen Demonstration der „Eisernen Front" beteiligt sich eine Abordnung des Sozialist. Schutzbundes

Genossen der SAP, die mitmachen wollen, schließen sich dem Schutzbund an.

Treffpunkt: 10.30 Uhr an den Leichhäusern. Gewerkschaftsmitglieder bringen ihr Gewerkschaftsbuch mit.

Die SSB-Genossen treten in Uniform an.

Im Riesengebirge

Dezember. Voller Hoffen und Zagen wird der Wetterbericht verfolgt. Kommt nicht endlich der für Wintersportler so lang ersehnte Schnee? Die Feiertage: Ski und Rodel nur stellenweise möglich. Doch endlich im Januar können die Brettel ihre Bestimmung erfüllen. Unser Ziel ist Petzer, Stufenseite. Für Wintersportler nicht unbekannt. Gibt es doch hier Hänge, die jeden Skiläufers Herz erfreuen. Hier in dieser herrlichen Gegend ist es den tschechischen Naturfreunden gelungen, ein Haus zu mieten. Für uns ein Kummer weniger. Können wir uns doch hier selbst kochen, selbst verpflegen, ohne daß unser Geldbeutel zu sehr in Anspruch genommen wird. Doch zu günstig hatten wir es mit der Witterung nicht getroffen. Schneite es doch Tag für Tag. An eine Fernsicht nicht zu denken. Nach langer Zeit ließ sich die Sonne wieder sehen. Waren wir doch nun schon vier Tage hier, ohne etwas von der Koppe, noch vom anderen Gebirge zu sehen. Nebel, nur Nebel die ganze Zeit über. Doch auch endlich siegte die Sonne. In einer herrlich glitzernden Schneedecke breiteten Täler und Höhen sich vor uns da. Da wir etwas müde vom vorherigen Tage waren, ging es erst um 1 Uhr weg. Das ist zwar reichlich spät, aber in einem halben Tage kann man bei guter Witterung allerhand schaffen. Bei einer Steilabfahrt ging es hinab nach Grünbach, Petzer. Kurz hinter dem Waldanfang ist die scharfe Linkskurve zu beachten. Von Petzer, Autobushalteplatz, geht es links aufwärts. Doch bald zweigt sich unser Weg ab nach dem Blaugrund. Ein etwas steiler Anstieg folgt nun bis zur Schauerhütte. Hörnerschlitten, voll mit Holz beladen, begegnen wir. Zähe, sehnige Gebirgler schaffen das Holz für ein Hungergeld hinab ins Tal. Ist es doch auch hier: je schwerer die Arbeit, desto geringer die Bezahlung. Nun geht es bequem bis zur Blaugrundbaude. Von hier wird es nun am besten sein, bei wenigem Schnee, und hier gibt es selten genügend davon, die Brettel abzuschnallen und zu Fuß hinauf zu steigen. Der Anstieg ist zwar etwas anstrengend, überhaupt wenn alles vereist ist, aber man schafft es. Nun sind wir auf dem Brunnenberg. Mit einer schönen Abfahrt kommen wir an die Wiesenbaude. Nach einer kurzen Rast in der Baude, die durch ihre annehmbaren Preise bekannt ist, geht es wieder zurück nach dem Brunnenberg, Richtung Geiergucke. Einen herrlichen Blick auf die Höhen haben wir von hier. Prächtig hebt sich die Schneekoppe hervor. Doch ab geht es nun nach der Geiergucke. Ein Teil der Abfahrt ist nicht besonders bei Harsch. Fallen doch die Wege schräg zum Hange ab. Von der Geierguckenbaude geht es nun leicht aufwärts nach dem Fuchsberg. Doch allmählich sinkt die Sonne.

Nun kommt für etwas geübte Fahrer eine schöne Abfahrt. In einer sausenden Fahrt geht es die Fuchsbergbaude vorbei, die Stangenmarkierung entlang, in die Waldwege. Bei der Fuchsbergbaude weiter links halten, da hier am Hause größtenteils vereist ist. Nun benutzen wir die Sportbahn nach der Stufenseite. Bei einer gemächlichen Abfahrt kommen wir bei Haus Koppenblick wieder auf freie Hänge. Der Tag war um, und wir mit unserer Tour zufrieden. Beizeiten gehen wir schlafen, gilt es doch, morgen eine größere Tour auszuführen.

W. Hüttich.

Die „Freie Esperanto-Vereinigung Breslau"

veranstaltet einen Esperantokursus für Anfänger. Der Beginn ist am 7. Februar, um 20 Uhr, in der Kanonenhofschule, Taschenstraße 29—31. (Das Zimmer wird am schwarzen Brett bekanntgegeben.) Die Teilnehmergebühr, einschl. Lehrbuch, beträgt für Beschäftigte 3,50 Mark, für Erwerbslose 2 Mark. Anmeldungen werden am ersten Kursusabend entgegengenommen.

Geschäftliches

In unserer heutigen Zeitung befindet sich ein Inserat des Deutschen Freidenker-Verbandes, Ortsgruppe Breslau, in dem die Einzelheiten über die Delegiertenwahl bekanntgegeben werden.

*

In der gestrigen Zeitung hatten wir in einem Inserat auf eine Führung im Krematorium am Sonntag, den 5. Februar, 10½ Uhr vormittags, bei der Genosse Nevermann einen Vortrag hält, hingewiesen.

Breslauer Volksbühne, e. V.

Klappsitz und Gardine. Auf dem Kostümfest der Volksbühne, das am Sonnabend den 11. d. Mts., im Messehof stattfindet, ist wiederum ein großer Vergnügungspark vorgesehen. In diesem Jahr bilden die besonderen Attraktionen dieses Vergnügungsparks eine Rutschbahn mit elektrischem Aufzug und ein Hippodrom mit sechs Pferden. Zur Mitternachtsstunde ist auf dem Musikpodium inmitten des Saales ein Kabarettteil vorgesehen, der besondere Ueberraschungen bieten wird.

Der sehr ermäßigte Eintrittspreis beträgt für Mitglieder im Vorverkauf 1.65 Mk., für Nichtmitglieder 2.50 Mk.

ORGANISATIONS NACHRICHTEN

Bezirk Mittelschlesien

Sekretariat: Breslau, Gartenstraße 21 III Telephon 567 68

Erweiterter Parteivorstand. Mittwoch, den 8. Februar, 19.30 Uhr, bei Torchalla, Geißbergstraße.

Distrikt 2. Montag, Distriktsversammlung bei Ullrich, Viktoriastraße. Ref. Schuder.

Achtung Kollegen der Marstallverwaltung! Wir treffen uns zur gemeinsamen Demonstration am Sonntag um 10.15 Uhr an den Teichackern.

Distrikt 18, 17, 20. Montag Frauenversammlung Karl Marx Heim. Redner Renner.

Für die Roten Raketen werden noch einige Nachtquartiere am 11. Februar benötigt. Meldungen bald im Sekretariat abgeben.

PKG.-Arbeitsausschuß Dienstag, 18.30 Uhr, am SAP-Büro Gartenstraße.

Veranstaltungsgruppe der PKG. Donnerstag 19.30 Uhr, Probe bei Felgenträger für die Veranstaltung Mittwoch, den 15. Februar.

Arbeitsausschuß-Sitzung der PKG Dienstag 18.30 Uhr im Sekretariat.

SJV Sekretariat: Gartenstraße 21 III. Sprechstunden Dienstag, Mittwoch und Freitag von 10—12 Uhr und Donnerstag von 18—20 Uhr.

Achtung! Freie Gewerkschaftsjugend! Am Sonntag, den 5. Februar 33, abends 8 Uhr spricht im Gewerkschaftshaus, Galeriezimmer, Hof rechts, ein Kollege über den Berliner Verkehrsstreik. Pflicht aller SJV-Genossen, diesen Abend zu besuchen. Anschließend Diskussion.

Montag, 8 Uhr, Friedrich Wilhelm-Str. 80, Pol. und Org.-Leiter Besprechung.

Rote Raketen Sonnabend, den 11. Februar, 20 Uhr, Monistische Gemeinde. Der SJV bereitet diese PKG-Veranstaltung geschlossen am Sonnabend. Karten bei den Funktionären zum Preise von 0.30 Mk.

Sämtliche Wochenberichte sind bis Dienstag unbedingt abzugeben.

Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterkinderfreunde Breslau (SAK)

Achtung Jung- und Rotfalken! Alle treten Sonntag, den 5. Februar, zur Fahnenpflichtvollversammlung pünktlich an den am Donnerstag veröffentlichten Plätzen an. Fahnen, Wimpel mitnehmen. Falkenkleidung anziehen. Keiner fehlt. Nur veröffentlichte Straßengebiet!

Freidenkerjugend. Sonntag findet im Arbeiterheim Siebenhufener Str. 11/15, unser Sonntagsheim statt. Ab 17 Uhr Tischtennis, Unterhaltung. Ab 20 Uhr spricht Genossin Leisen über das Thema „IFV und Einheitsfront." Gäste willkommen.

Um 16 Uhr erscheinen bereits die Funktionäre aller Gruppen zu wichtiger Sitzung im Heim.

Kleine Sportnachrichten

Breslauer Ringer-Auswahl-Mannschaft ringt in Polen!

Der polnische Arbeiter-Sportverband hat eine Breslauer Ringermannschaft zu einer Ringkampf-Tournee eingeladen. Die Kämpfe werden in Kattowitz, Myslowitz und Krakau ausgetragen. Folgende Ringer wurden aufgestellt: Fliegengewicht: Gustav Hanschild (1911); Bantamgewicht: Robert Hanke (1911); Federgewicht: Georg Hanke (1911); Leichtgewicht: Heinrich Strauch (1897); Mittelgewicht: Walter Zimmer (1897); Halbschwergewicht: Heinrich Afimann (1897). Schwergewicht wurde nicht angefordert. Als Trainer begleitet der Bezirkssportwart Mende die Mannschaft.

Wassersport

Freie Rudervereinigung. Jugend! Sonntag Fahrt nach Peiskerwitz. Treffpunkt 8 Uhr am „Letzten Heller". Papier, Bleistift und Instrumente mitbringen. Kostenpunkt 70 Pf. für Autofahrt.

Freie Schwimmer, Breslau. Kinder-Abt. Nord: Montag, den 6. Februar, abends Versammlung im Heim Michaelistraße.

Deutscher Arbeiter-Mandolinisten-Bund

Ortsgruppe Breslau, Abt. I. Neuanfänger für Mandoline und Gitarre, Kinder, Jugendliche und Erwachsene sowie auch Fortgeschrittene, können sich Sonntag, den 5. Februar 1933, vormittags 10 Uhr im Gymnasium z. hl. Geist, Eingang Augustaplatz Zimmer parterre rechts melden.

Tennis-Abteilung. Wir beteiligen uns an der Demonstration. Turnen fällt aus.

Achtung!

Der Kurs des SJV mit Genossen Enderle am Sonntag vormittag findet nicht statt.

STADTTHEATER

Der fliegende Holländer

Sonntag, 11.30—13 Ermäßigte Pr.

Tanz-Matinee

Der Zarewitsch

Carmen

Die Blume v. Hawaii

LOBETHEATER

Sonnabend 20.15 (u. täglich) Zum 1. Male

Donna Diana

Lustspiel von Moreto

GERHART-HAUPTMANN-THEATER

Sonnabend 20.15 (u. tägl.) Zum 1. Male

Die Wölfe

Drama von Romain Rolland

Sonntag 15.30—17.35

Schneider Wibbel

Besucht das „Proleton"

Arbeiter-Sport-Kartell

Dienstag, 7. Februar, 20 Uhr, Großer Konzerthaussaal

Brahms-Fest

der Schles. Philharmonie

Ein deutsches Requiem

Dirig.: Prof. Dr. George Dohrn

Solisten: Elisabeth Lauby (Sopran), Hermann Schey (Bariton)

Chor: Breslauer Singakademie

Öffentliche Generalprobe: Montag, 6. Februar

Kleine Anzeigen in der SAZ sind **erfolgreich und billig!**

Deutscher Freidenkerverband E. V., Sitz Berlin

Bezirksgeschäftsstelle: Breslau, Margaretenstraße 17, Zimmer 180
Fernsprecher 518 48

An unsere Mitglieder in Breslau!

Der Hauptvorstand hat gestützt auf § 11 Absatz 4 der Verbandssatzung vom April 1930 beschlossen, in der Ortsgruppe Breslau die Delegiertenversammlung, der die Rechte einer Mitgliederversammlung zustehen, einzuführen. Die Versammlung soll (wie der Verbandstag) aus 100 Mitgliedern bestehen. Die Delegierten werden durch Urwahl gewählt. Wahltermin ist der 26. Februar 1933. Mit der Durchführung der Wahl ist der Ortsgruppenvorstand beauftragt worden.

I. A.: gez. Karl Pietsch,
Bezirkssekretär.

Mit der Durchführung der Wahl beauftragt, erbitten wir Wahlvorschläge, die listenmäßig bis zum 15. 2. 33, 16 Uhr, im Büro des Verbandes eingereicht sein müssen. Die Liste muß ein Kennwort tragen, um den Stimmzettel abzukürzen. Zu nennen sind 100 Kandidaten, mit Wohnungsangabe und Mitgliedsnummer. Eine Zustimmungserklärung der Kandidaten muß beigebracht werden. Weiter muß die Liste 10 Namen für evtl. Ersatzdelegierte tragen.

Die zu Wählenden müssen laut § 2 Absatz 6 des Statuts das 18. Lebensjahr vollendet, mehr denn drei Jahre Mitglied des Verbandes sein und für diese Zeit Beiträge entrichtet haben. Wahllokal und Wahlzeit wird im Verbandsorgan bekannt gemacht werden.

Der Vorstand der Ortsgruppe Breslau
gez. Wagner, Vorsitzender

Eine Bücherauswahl für Proletarier! Statt 23.50 Mark für nur drei Mark!

Um auch den Genossen, denen sogar die Arbeiterbibliothek für Mk. 10.— unerschwinglich war, die Möglichkeit zu bieten, sich einige Bücher und Schriften von unvergänglichen politischen und literarischen Wert anzuschaffen, haben wir eine kleinere Auswahl von Schriften zusammengestellt. Die Schriften sind neu (also nicht antiquarisch!) und der reguläre Preis von Mk. 23.50 für den Buchhandel ist nicht aufgehoben! Wir geben die Auswahl für Mk. 3.— (statt für Mk. 23.50) ab. Da die Auswahl bald vergriffen sein dürfte, ist baldige Bestellung ratsam!

Karl Marx: Bürgerkrieg in Frankreich.
Tobler-Christinger: Probleme des Bolschewismus.
Lenin: Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht.
Lenin: Ueber den Staat-Aktionsdruck.
Rosa Luxemburg: Die Russische Revolution. (Aktionsdruck)
Leo Trotzki: Was nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats.
Leo Trotzki: Sowjetwirtschaft in Gefahr! (Trotzkis jüngste Schrift).
Leo Trotzki: Wer leitet die Kommunistische Internationale?
Leo Trotzki: Die Lehren des Oktobers 1917 (Aktionsdruck).
Leo Trotzki: Die Fälschung der Geschichte der russischen Revolution (Aktionsdruck).
Leo Trotzki: Die Verteidigung der Sowjetrepublik.
Franz Mehring: Kriegsartikel.
Lunatscharski: Die Kulturaufgaben der Arbeiterklasse.
Johannes R. Becher: An alle! (Revolutionäre Gedichte).
Oskar Kanehl: Schande. Gedichte eines Zwangssoldaten der „Großen Zeit".
Otto Rühle: Das kommunistische Schulprogramm.
Max Herrmann-Neisse: Die bürgerliche Literaturgeschichte und das Proletariat.
Max Herrmann-Neisse: Emil Zola, der Dichter des Proletariats.
Fritz Brupbacher: Marx und Bakunin. Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiter-Internationale.
Johann Most: Für die Einheitsfront des Proletariats.
Karl-Liebknecht-Rosa Luxemburg-Gedächtnispublikation der „Aktion". Mit vielen Arbeiten der Gemeuchelten. U. a. ist ungekürzt abgedruckt: „Was will der Spartakusbund?"
Sawaty: Das Buch in Saffian. Ein Roman aus dem Russischen.
Heinrich Schaefer: Drei Erzählungen.
Kurd Adler: Wiederkehr. Gedichte.
M. Rosenberg: Umwelt. Gedichte.
Victor Hugo: Ueber den Kämpfer Voltaire.
Sadoul: Ueber Sowjetrußland.
Tarasoff Rodionoff: Schokolade. Der beste Roman aus den Tagen der Oktoberrevolution.

Wer aus dieser Auswahl eine Auswahl treffen will, muß den vollen Normalpreis zahlen! So kostet zum Beispiel das berühmte Werk von Brupbacher allein Mk. 2.50 in der Original-Ausgabe!

Der ermäßigte Preis von Mk. 3.— gilt bei Voreinsendung des Betrages! **Bei Nachnahmesendungen kommen 60 Pfg. Portospesen hinzu!** Bestellungen und Geldsendungen sind zu richten an den

Verlag „Die Aktion", Berlin-Wilmersdorf, Nassauischestraße 17

Fleischerei und Wurstfabrik Hermann Kipke
Frankfurter Straße Nr. 174
Gaststätte
Angenehmer Familienaufenthalt

Konditorei u. Café Lehmgrubenstr. 75 Inh. Willi Pirntke
Angenehmer Aufenthalt! Tägl. fr. Backwaren Radiokonzert

Kauft den Arbeiter-Kalender **„Roter Pionier"** Preis 50 Pfg

B. Pohl 2
Beste und billigste Bezugsquelle!
für Schokoladen, Kakao, Zucker- und Marzipanwaren, Leb- und Honigkuchen, Waffeln und Zwieback.
BRESLAU — Verkaufsstellen in allen Stadtteilen

Der Leser der SAZ kauft bei:

GÖRLITZ

Landstron Bier
IMMER EIN GENUSS

. . . . und nach dem Kinobesuch in die beliebten **„Rüdiger-Gaststätten"**
Berlinerstraße 32 · GÖRLITZ · Brüderstraße 1

Hausfrauen
kauft eure Fleisch- und Wurstwaren nur bei der
Heyl'schen Güter-Verwaltung
Görlitz, an der Frauenkirche

. . . . . und stets nur den guten
Klingenberg-Kaffee
täglich frisch geröstet
6% Rabatt in blauen Marken!

Papierwaren am billigsten
Görlitz, **Schützenstr. 4**

BRIEG

Fleisch - Wurst bei
FRITZ FEHST
Schwarzer Weg 49

Paul Zwirner
Fabrik ff. Fleisch- u. Wurstwaren
Frühstückstube . Bierausschank
Burgstraße 2

Julius Greulich Kolonialwaren Bäckerei
Mühlstraße 8

Wilhelm Hein
Fleischermeister - Mollwitzerstr. 20
ff. Fleisch- und Wurstwaren

Reserviert!
Nr. 102

OELS

Feine Fleisch- und Wurstwaren
Max Schapke, Ring 54

Werbt Abonnenten

UNION-THEATER GÖRLITZ a. d. Frauenkirche 8/9

Jede Woche neues Programm!

Wir bringen nur **Spitzenleistungen der deutschen Tonfilmkunst**

Tägl. 4, 6, 8.15 Uhr — Sonntags 2 Uhr

Das stets **bestens** ausgewählte **Beiprogramm** bringt mit der Fox-tönenden Wochenschau alle aktuell. Begebenheiten **aus allen Ländern der Erde**

Jugendliche u. Erwerbslose zahlen zu jeder Vorstellung halbe Preise!

die letzten exemplare

m. n. roy, revolution und konterrevolution in china, 480 seiten stark, geheftet mit schutzeinband, ausnahmepreis **2.— mk.**

s. a. z.-buchvertrieb
breslau 5, gartenstraße 21

Tragt unser Parteiabzeichen!

Große und kleine **Parteiabzeichen** sind wieder vorrätig

Vertreibt das Parteiabzeichen!

Bestellungen sofort bei:
Parteivorstand der SAP
Berlin O 27 • Magazinstr. 15/16